

liberal

DEBATTEN ZUR FREIHEIT

2.2016
www.libmag.de
2,90 EURO

Jetzt kostenfrei
abonnieren
(siehe Seite 55)

SCHWERPUNKT: FLÜCHTLINGE

EINER VON EINER MILLION

WAS DEUTSCHLAND JETZT TUN
MUSS, UM DIE JAHRHUNDERTAUFGABE
ZU BEWÄLTIGEN



MIT BEITRÄGEN VON:

HEINZ BUSCHKOWSKY, THOMAS STRAUBHAAR,
CHRISTIAN LINDNER, NECLA KELEK,
KARL-HEINZ PAQUÉ, WOLFGANG HERLES



Vermögensberatung nach Maß:

Profitieren Sie von über 40 Jahren Expertise



Den Jahresbeginn nutzen viele, um neue Projekte anzugehen und liegen gebliebene Dinge zu sortieren. Das ist auch ein guter Anlass, um einen Blick auf die eigenen Finanzen zu werfen und zu prüfen, ob alles noch auf dem neuesten Stand ist.

Ein „Finanzcheck“ ist wichtig, denn die persönlichen Lebensumstände sowie die finanziellen Ziele werden oft auch kurzfristig durch rechtliche oder private Veränderungen beeinflusst. Viele wissen nicht, wie früh man die private Vorsorge und Absicherung angehen sollte, und worauf es dabei ankommt. Auch die Frage nach dem richtigen Versicherungsschutz stellt sich häufig, und ist nicht immer leicht zu beantworten. Dieser hängt vom beruflichen und privaten Umfeld ab, und ist manchmal nicht direkt auf den ersten Blick zu überschauen.

Die DVAG-Vermögensberater sind die ersten Ansprechpartner für ihre Kunden – in allen finanziellen Fragen



Persönlicher Finanzcoach

In Finanzfragen ist daher ein kompetenter Ansprechpartner unverzichtbar. Bei der Altersvorsorge, aber auch bei der Geldanlage sowie der Baufinanzierung, steht den Kunden bei der Deutschen Vermögensberatung ein Berater für ihre individuellen Anliegen zur Verfügung. Die DVAG-Experten wissen: „Jeder Mensch hat andere Wünsche. Es ist uns wichtig, unseren Kunden maßgeschneiderte Lösungen anzubieten, die eben genau auf diese spezifischen Bedürfnisse abgestimmt

sind“. Deshalb wird zu Beginn der Beratung immer eine ausführliche Analyse der finanziellen Ziele, Wünsche und Möglichkeiten des Kunden durchgeführt. Darauf aufbauend entwickeln die Vermögensberater langfristige Konzepte.

Ausgezeichnete Beratung

Für den hervorragenden Service und die exzellenten Karrierechancen wird das Unternehmen seit Jahren von unabhängigen Rating-Agenturen mit Bestnoten ausgezeichnet. Bereits seit über vier Jahrzehnten sind die DVAG-Vermögensberater erster Ansprechpartner in allen finanziellen Fragen für ihre Kunden. Gegründet wurde das Familienunternehmen 1975 von Prof. Dr. Reinfried Pohl in Frankfurt am Main. Seit 2014 führt Andreas Pohl die DVAG erfolgreich in zweiter Generation. Mittlerweile vertrauen der größten eigenständigen Finanzberatung Deutschlands sechs Millionen Menschen ihre Finanzen an. Sie werden bundesweit von 3.400 Direktionen und Geschäftsstellen betreut.

Damit die Service- und Beratungsqualität der DVAG auf gleichbleibend hohem Niveau garantiert werden kann, stehen Aus- und Weiterbildung als Schlüssel zum Erfolg an erster Stelle. So werden Berufseinsteiger beispielsweise von einem Mentor aus dem Unternehmen begleitet. Neben der abwechslungsreichen Arbeit hat der Beruf allerdings noch viele weitere Vorteile. So genießen die Vermögensberater als Selbstständige unternehmerische Freiheit. Damit bleibt genügend Freiraum, um Familie und Karriere miteinander zu vereinbaren.



Deutsche
Vermögensberatung
Vermögensaufbau für jeden!

Wer mehr über die DVAG und den Vermögensberater-Beruf erfahren möchte, findet Informationen unter www.dvag.de



„DIE BEVÖLKERUNG
HAT IN EINEM
INTERNATIONAL BEWUNDER-
TEN AKT DER SOLIDARITÄT
SPONTAN DIE ÄRMEL
HOCHGEKREMPelt UND
GEHOLFEN - NUN WIRD ES
ZEIT, DASS DIE HOHE POLITIK
EBENFALLS LIEFERT.“

DAVID HARNASCH
CHEFREDAKTEUR

Der Junge auf unserem Titel ist Mazen aus Syrien. Das Foto entstand am 9. Dezember 2015 im bayerischen Mangolding. In seinen Händen hält Mazen ein Foto von dem Schlauchboot, mit dem er aus seiner Heimat über das Mittelmeer geflohen ist. Nach einer Odyssee über den Libanon, die Türkei und die Balkanroute lebt die Familie nun in der Oberpfälzer Provinz. Sie ist endlich in Sicherheit.

Wer nach einem „Plan B“ ruft, unterstellt, die Regierung hätte jemals einen „Plan A“ gehabt - doch davon kann keine Rede sein. Die Flüchtlingskrise ist die direkte Folge von Angela Merkels „Fahren auf Sicht“. Ihre Ursachen liegen seit Jahren offen zutage, doch hat die Regierung versäumt, proaktiv rechtzeitig Antworten auf Probleme zu formulieren, die eher früher als später akut werden mussten. Lösungen, die unter extremem Druck zustande kommen, sind selten besser als Lösungen, die aus ausführlicher politischer Diskussion resultieren.

Da nun aber der Handlungsdruck schnelle Entscheidungen erfordert, möchten wir mit dieser Ausgabe einen Beitrag zur Diskussion leisten. Um Platz für einen umfangreichen Schwerpunkt zu schaffen, haben wir die übliche Heftarchitektur aufgebrochen und mit Heinz Buschkowsky, der Freiheitspreisträgerin Necla Kelek, dem Ökonomen und Migrationsforscher Thomas Straubhaar und Christian Lindner kluge Köpfe zum Thema um ihren Beitrag gebeten. Michael Miersch, Tobias Jaeger und Wolfgang Herles beleuchten, was in der medialen Diskussion schief läuft.

Ob Mazens Leben die Erfolgsgeschichte wird, die er und seine Eltern sich gewiss wünschen, hängt entscheidend davon ab, wie Deutschland die größte Aufgabe seit der Wiedervereinigung meistern wird. Die Bevölkerung hat in einem international bewunderten Akt der Solidarität spontan die Ärmel hochgekrempt und geholfen - nun wird es Zeit, dass die hohe Politik ebenfalls liefert! ●

STANDARDS

3

EDITORIAL

4

INHALT/IMPRESSUM



22

ZENTRALMOTIV
Dreikönigstreffen

34

MIERSCHS MYTHEN
Der Journalist als
Erzieher

42

FUNDSTÜCK

42

WUTPROBE
Hallo Kevin!
Hallo Chantal!

43

AUTOREN DER FREIHEIT
Jacques Schuster

54

BÜCHER

APP-VERSION

liberal ist auch als iPad-
und Androidversion
erhältlich und enthält
multimediales
Zusatzmaterial:

Audio

Bildergalerie Link

Leseprobe Video



Flüchtlinge

Sprache, Wohnung, Arbeit - der Zuzug von bis zu zehn Millionen Menschen in den kommenden fünf Jahren erfordert eine völlig neue Sichtweise auf die bisherige Asyl- und Integrationspolitik. Die ins Land strömenden Massen sind eine Herausforderung, die von allen Teilen der Gesellschaft nur im täglichen Miteinander und losgelöst von Vorurteilen und tradierten Wertvorstellungen gemeistert werden kann. *liberal* fragt, was Deutschland jetzt tun muss, um die Jahrhundertaufgabe zu bewältigen.

6

ECKDATEN

Wer kommt, wer geht wohin, wie machen es die anderen? *liberal* hat die wichtigsten Fakten zum Thema Asyl und Einwanderung zusammengetragen.

8

FASSUNG BEWAHREN

Die Mehrheit der Flüchtlinge kommt nach Deutschland, um zu bleiben. Gerade deshalb braucht Integration Ordnung und klare Ansagen.

VON HEINZ BUSCHKOWSKY

13

ZURÜCK ZU ORDNUNG UND RECHT

Fünf Forderungen für eine humanitär verantwortliche und rationale Einwanderungspolitik.

VON CHRISTIAN LINDNER

14

TEMPORÄRE SONDERREGELN

Migrationsforscher Thomas Straubhaar erklärt, wie aus der Flüchtlingskrise eine Win-win-Situation für alle Beteiligten erwachsen könnte.

VON DAVID HARNASCH

18

FÜNF SYRER

Sie haben es bereits geschafft.

VON STEFAN KREITIEWOLF

20

PARALLELGESELLSCHAFT

Auch Freiheit muss man lernen: Die Ereignisse der Kölner Silvesternacht und ihre Ursachen.

VON NECLA KELEK



24 RADIKALE STIMMUNGSKANONE

Wladimir Schirinowski gehört zu den politischen Scharfmachern in Russland. Man sollte ihn nicht unterschätzen.

VON FILIPP PIATOV

28 UNRECHTMÄSSIGE STAATSBEIHILFE

Die EU sagt der aggressiven Steuerplanung, wie sie viele multinationale Konzerne betreiben, den Kampf an. Nicht länger sollen Bürger sowie kleine und mittlere Unternehmen die Zeche zahlen.

VON MICHAEL THEURER



30 DESINFORMATIONSKAMPAGNE

Freihandelsbefürworter Jacob Schrot erklärt im Interview, warum Schiedsgerichte nicht per se des Teufels sind.

VON DAVID HARNASCH

33 TTIP – EINE HISTORISCHE CHANCE

Der Weg zum Freihandel muss konsequent weiter beschritten werden.

VON KARL-HEINZ PAQUÉ

36 GOODBYE! DEUTSCHLAND

Immer mehr Unternehmen verlassen Deutschland. *liberal* nennt die wichtigsten Gründe für die Abwanderung.

VON GIAN HESSAMI

40 FREIE BAUERN IN NEUSSELAND

Eine Landwirtschaft ohne Subvention ist möglich und sogar erfolgreich.

VON OLIVER HARTWICH



44 WENIGER IST MEHR

Das mediale Angebot der Sendeanstalten verliert zunehmend an Substanz. Dabei könnte öffentlich-rechtliches Fernsehen unverzichtbar sein - wenn es denn seinem ursprünglichem Auftrag gerecht würde.

VON WOLFGANG HERLES

48 QUERFRONT

Ressentiments und Verschwörungstheorien haben derzeit Konjunktur. An allem ist Amerika schuld, tönt es von rechts wie links. Eine Analyse der aktuellen Paranoia.

VON TOBIAS JAECKER

52 ES GEHT UM UNSERE (VER)FASSUNG

Welche Lehren für die Freiheit Liberale aus dem Jahr 2015 ziehen müssen.

VON WOLFGANG GERHARDT

liberal • Debatten zur Freiheit. Das Magazin der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit. Reinhardtstraße 12, 10117 Berlin
Telefon 030/28 87 78 59, Fax 030/28 87 78 49
www.libmag.de

Kontakt: leserbriefe@libmag.de; abo@libmag.de, redaktion@libmag.de

Begründet von Karl-Hermann Flach und Hans Wolfgang Rubin

Herausgegeben von Dr. Wolfgang Gerhardt, Prof. Dr. Karl-Heinz Paqué, Manfred Richter, Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, Dr. Wolf-Dieter Zumpfort

Beirat: Dr. Bernd Klaus Buchholz, Karl-Ulrich Kuhlo, Helmut Markwort

Gesamtleitung: Kirstin Härtig

Redaktion Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit:

David Harnasch (Chefredakteur, v.i.S.d.P.), Boris Eichler (Chef vom Dienst), Thomas Volkmann

Autoren dieser Ausgabe: Peter Altmiks, Heinz Buschkowsky, Boris Eichler, Oliver Hartwich, Steffen Hentrich, Wolfgang Herles, Gian Hessami, David Harnasch, Tobias Jaecker, Necla Kelek, Stefan Kreitewolf, Christian Lindner, Michael Miersch, Karl-Heinz Paqué, Philipp Piatov, Jacques Schuster, Michael Theurer

Gesamtherstellung:

corps. Corporate Publishing Services GmbH, ein Unternehmen der Verlagsgruppe Handelsblatt
Kasernenstraße 69, 40213 Düsseldorf
Tel. 0211/542 27-700, Fax 0211/542 27-722
www.corps-verlag.de

Verlagsgeschäftsführung: Andrea Wasmuth (Vorsitzende), Thorsten Giersch, Holger Löwe

Redaktionsleitung: Mirko Hackmann

Gestaltung: Ernst Merheim (Grafik), Achim Meissner (Bildredaktion), Armin Weigel/picture alliance/dpa (Titelbild)

Objektleitung: Jana Teimann

Anzeigen:

Tatjana Moos-Kampermann, Tel. 0211/542 27-671,

tatjana.moos-kampermann@corps-verlag.de (Leitung), Georgios Giavanoglou, Tel. 0211/542 27-663, georgios.giavanoglou@corps-verlag.de (Anzeigen-Marketing), Christine Wiechert, Tel. 0211/542 27-672, christine.wiechert@corps-verlag.de (Disposition)

Litho: TiMe GmbH

Druck:

Bechtle Druck & Service GmbH & Co. KG
Zeppelinstraße 116, 73730 Esslingen

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung von Herausgeber und Redaktion wieder.

Vertrieb: DPV Network GmbH www.dpv.de

Bezugsbedingungen: Abonnement bis auf Widerruf kostenfrei; Preis des Einzelheftes 2,90 Euro (Inlandspreis, zzgl. 2,50 Euro Porto und Verpackung). Näheres über abo@libmag.de

liberal im kostenlosen Abonnement:

alles dazu auf Seite 55

ASYL UND EINWANDERUNG

Wer kommt, wer geht wohin, wie machen es die anderen?
Wir haben auf dieser Doppelseite einige
Fakten zum Thema Zuwanderung zusammengetragen.

Einwanderungsrecht im Vergleich*

	 KANADA	 USA	 AUSTRALIEN	 SCHWEDEN	 SCHWEIZ	 DEUTSCHLAND
Punktesystem	JA Nach Prüfung der Grundvorausset- zungen	NEIN	JA	NEIN	NEIN	NEIN
Quotierung der Einwanderung	JA Wirtschaftliche Einwanderung, Familienzusam- menführung, humanitäre Gründe	JA Hohe Qualifikation bevorzugt, Begrenzung der Einwanderer aus einem Land	JA Wirtschaftliche Einwanderung, Familienzusam- menführung, humanitäre Gründe	NEIN	JA	NEIN
Staatl. Anwerbung	JA	JA	JA z. B. auf Messen	NEIN	NEIN	JA z. B. für Azubis
Bedeutung von Sprachkenntnissen	Höhere Punktzahl	Voraussetzung für Erwerb der Staatsbürger- schaft	Höhere Punktzahl	keine	keine	Verkürzte Wartezeit auf Niederlassungs- erlaubnis
Anspruch auf staatl. Leistungen	JA Bei dauerhaftem Bleiberecht	JA (mit Green Card)	JA Nach zwei Jahren	JA Bei dauerhaftem Bleiberecht	JA Bei dauerhaftem Bleiberecht	JA
Unbefristeter Aufenthalt	JA	JA (sofort mit Green Card)	JA	JA (nach zwei Jahren; für Schutzbedürftige sofort)	JA (nach fünf Jahren)	JA (nach fünf Jahren)
Erwerb der Staatsbürgerschaft	Nach drei Jahren	Nach fünf Jahren	Nach vier Jahren	Nach vier Jahren	Nach zwölf Jahren	Nach acht Jahren

* Die Rechtslage ist in allen Staaten und bei allen Kategorien wesentlich komplizierter als hier dargestellt
und reich an Ausnahmen und Sonderfallregelungen. Diese Tabelle dient nur zur Erlangung einer groben Übersicht.

Quelle: eigene Recherchen

Asylsuchende in Deutschland 2015

Aus diesen Ländern kommen die meisten Menschen zu uns (Erstanträge; Zeitraum: Januar bis Juli 2015).



Quelle: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge

Es ist kompliziert ...

Aus zwölf Arten des Aufenthaltsrechts multipliziert mit acht Leistungsansprüchen ergeben sich 96 Varianten. Das macht die Situation in Deutschland undurchschaubar für die Betroffenen und bindet Verwaltungsressourcen.

- ✗ = Ja
- ✗ = Eingeschränkt
- = Nein

AUFENTHALTSSTATUS	LEISTUNGSANSPRÜCHE							
	ALG II / Sozialhilfe	Asyl-Leistungsgesetz	Kindergeld	Elterngeld	Unterhaltsvorschuss	BAföG	Wohngeld	Integrationskurs
Freizügigkeit	✗	-	✗	✗	✗	✗	✗	✗
Niederlassungs- erlaubnis	✗	-	✗	✗	✗	✗	✗	✗
Daueraufenthalts- erlaubnis	✗	-	✗	✗	✗	✗	✗	✗
Aufenthaltserlaubnis zur Erwerbstätigkeit	✗	-	✗	✗	✗	✗	✗	✗
Aufenthaltserlaubnis zur Ausbildung	✗	-	-	-	-	✗	✗	-
Aufenthaltserlaubnis als Asylberechtigter	✗	-	✗	✗	✗	✗	✗	✗
Aufenthaltserlaubnis Familiennachzug zu Deutschen	✗	-	✗	✗	✗	✗	✗	✗
Aufenthaltserlaubnis Familiennachzug zu Ausländer	✗	-	✗	✗	✗	✗	✗	✗
Aufenthaltserlaubnis als eigenständiges Aufenthaltsrecht	✗	-	✗	✗	✗	✗	✗	✗
Aufenthalts- gestattung	-	✗	-	-	-	✗	✗	-
Duldung	-	✗	-	-	-	✗	✗	-

* nach SGB II oder SGB XII

Quelle: Tieben & Partner Rechtsanwälte

Erst- und Folgeanträge nach Bundesländern

Die Tabelle zeigt die Verteilung der Asylerst- und Folgeanträge auf die einzelnen Bundesländer für den Zeitraum Januar bis November 2015.

	ASYLANTRÄGE		
	ins- gesamt	davon Erstanträge	davon Folgeanträge
Baden-Württemberg	55.053	51.097	3.956
Bayern	63.662	60.259	3.403
Berlin	29.370	26.598	2.772
Brandenburg	17.191	16.567	624
Bremen	4.445	4.264	181
Hamburg	11.771	11.071	700
Hessen	26.441	25.051	1.390
Mecklenburg-Vorpommern	16.574	16.075	499
Niedersachsen	34.477	30.921	3.556
Nordrhein-Westfalen	69.990	60.025	9.965
Rheinland-Pfalz	18.139	16.246	1.893
Saarland	8.812	8.556	256
Sachsen	25.763	24.735	1.028
Sachsen-Anhalt	15.536	14.679	857
Schleswig-Holstein	14.573	13.851	722
Thüringen	13.062	11.858	1.204
unbekannt	176	175	1
Bundesländer gesamt	425.035	392.028	33.007

Die Rechtslage ist in allen Staaten und bei allen Kategorien wesentlich komplizierter als hier dargestellt und reich an Ausnahmen und Sonderfallregelungen. Diese Tabelle dient nur zur Erlangung einer groben Übersicht.

Quelle: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge

A full-page portrait of a middle-aged man with light hair and glasses, wearing a dark pinstriped suit, a white shirt, and a blue and green striped tie. He is standing against a dark blue background. A large white rectangular box is superimposed over the middle of the image, containing the text '„UNSERE WERTE SIND NICHT VERHANDELBAR“' in bold black capital letters.

**„UNSERE WERTE
SIND NICHT
VERHANDELBAR“**



So hoch die Emotionen angesichts der aktuellen Flüchtlingskrise auch schlagen, darf unser Blick auf die wesentlichen Punkte nicht verstellt werden: Ein Großteil jener, die Deutschland erreicht haben, werden es nicht mehr verlassen wollen. Im Gegenteil. Das Ziel vieler ist es, Angehörige aus dem engeren oder auch weiteren Familienkreis nachzuholen. Selbst konservativ gerechnet, scheint es realistisch, in den nächsten fünf Jahren von etwa zehn Millionen Menschen auszugehen, die sich in Deutschland niederlassen werden.

Entwicklungsminister Müller stellt nüchtern fest, dass erst zehn Prozent der in Syrien und Irak ausgelösten Fluchtwelle bei uns angekommen sind. Acht bis zehn Millionen sind noch unterwegs, lautet seine Erwartung. Daraus folgt, dass es zu einer neuen

sung. Je bunter die Mischung, desto klarer müssen die Regeln sein. Gerade ein Rechtsstaat darf seine Normen nicht auf dem Altar der Beliebigkeit preisgeben.

Staatsraison und innere Sicherheit sind als altmodisch verschrien, für ein funktionierendes Sozialgefüge und den sozialen Frieden sind sie jedoch unabdingbar. Nach meiner Auffassung muss sich eine neue Integrationspolitik um folgende Leitgedanken ranken:

1. Keine Leistung ohne Gegenleistung

Einwanderer wie Flüchtlinge stehen in der Pflicht, die Gesetze und sonstigen Rechtsvorschriften sowie die zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung getroffenen Maßnahmen zu beachten. So steht es in der Genfer Flüchtlingskonvention. Integration ist

umgehen, was passiert, wenn die Vertragsregeln verletzt werden. Die Wechselwirkung von Sozialleistungen und Integrationsbemühungen ist absolut folgerichtig. Keine Leistung ohne Gegenleistung ist ein uraltes Prinzip. Wer den Sprachkurs nicht besucht, hat ein dünneres Portemonnaie.

2. Unverhandelbare Verfassung

Unsere Gesellschaft, ihre Lebensregeln, ihr Kulturgut und ihre Normen sind keinem Katalog entsprungen, sondern haben sich über Jahrhunderte entwickelt. Einwanderer bringen neue Sichtweisen, andere Kulturrituale und Religionen ins Land. Davon profitiert die Gesellschaft. Sie wird bunter, flexibler und vielfältiger. Das ist durchaus positiv. Aber es kann nicht sein, dass dabei die Grundfesten unserer Gesellschaft infrage

Als Bürgermeister des Berliner Bezirks Neukölln hat sich **Heinz Buschkowsky** über viele Jahre intensiv für die Integration von Migranten eingesetzt. Angesichts der Flüchtlingskrise fordert der SPD-Politiker in seinem Essay eine radikale Neuausrichtung der Integrationspolitik.

// TEXT // **HEINZ BUSCHKOWSKY**

Ära der Integrationspolitik in Deutschland kommen muss. Einer Integrationspolitik, die nicht wie bislang kaum mehr als eine Worthülle ist, sondern sich an einem klaren Handlungskonzept orientiert.

Integration ist harte Arbeit für den Einzelnen wie für die Gesellschaft. Sprechblasen und Sprüche helfen nicht weiter. Ebenso wenig überbordendes Gutmenschentum und alles verzeihende Nächstenliebe. Auch Integration braucht Ordnungsprinzipien, lenkende Sanktionen, Verlässlichkeit und Berechenbarkeit des Verfahrens für den Einzelnen. Regelverstöße nicht zu sanktionieren ist kein Beweis für Demokratie, sondern vielmehr ein Gradmesser von Verwahrlo-

aber mehr als nur das Beachten von Recht und Gesetz. Integration heißt auch, sich in die Lebensart und das Kulturgefüge einzupassen. Die Menschen suchen eine neue Heimat und erwarten zu Recht von dieser auch Schutz und Hilfe.

Wenn dem so ist, ist dann die Erwartung einer Integrationsbereitschaft, ja eine Integrationspflicht nicht völlig legitim? Ich halte den politischen Streit um sogenannte Integrationsvereinbarungen für vollkommen abwegig. Warum sollen Staat und Einwanderer, mit welchem Rechtsstatus auch immer, nicht einen Vertrag schließen, in dem sie sich gegenseitiger Leistungen versichern? Natürlich kann man dabei nicht die Frage

gestellt werden. Menschen müssen sich vor dem Wechsel in einen anderen Kulturkreis entscheiden, ob sie bereit sind, eine andere Gesellschaftsphilosophie nicht nur zu tolerieren, sondern auch für das eigene Leben zu adaptieren. Die Verfassung unseres Landes und die Werte einer pluralistischen demokratischen Gesellschaft sind nicht verhandelbar. Nicht das Land muss sich der tradierten Kultur der Einwanderer anpassen, sondern die Einwanderer an die Lebensregeln der neuen Heimat. Diese Selbstverständlichkeit steht allerdings im krassen Gegensatz zum von den Grünen erwarteten und gewünschten Umbau unserer Gesellschaft durch den Asylbewerberzu- »

strom. „Unser Land wird sich ändern, und zwar drastisch. Ich freue mich darauf“, steckt die Fraktionsvorsitzende Katrin Göring-Eckardt diese Position ab.

3. Integration als Staatsziel

Eine nicht zu unterschätzende Zahl der Einwanderer hat mit unserer Welt Probleme. Sie pflegen archaische Familiensitten und tradierte Rollenmuster. Sie bilden kulturell relativistische ethnische Cluster, politisch geduldete Parallelgesellschaften. Überkommene Verhaltensweisen und insbesondere das Frauenbild wurden von der alles verzeihenden Kultur der Political Correctness zur kulturellen Identität schöneredet. Daraus erwachsen mehr als fünf Jahrzehnte fehlgesteuerter Integrationspolitik. Das dürfen wir

Die Integration von bis zu zehn Millionen Menschen ist eine Herkulesaufgabe. Es ist die größte Herausforderung für unser Land seit dem Zweiten Weltkrieg. Man darf die Zukunftsgestaltung für die nächsten Generationen nicht der politischen Spielwiese von Seminarübungen der politischen Parteien auf Länderebene und zufälligen Landtagswahlterminen überlassen. Integration muss zum Staatsziel werden und gehört in den Pflichtenkatalog des Grundgesetzes. Es wollen viele nicht hören, aber die Entwicklung ist irreversibel. Schon heute beträgt der Anteil der Kinder aus Migrantenfamilien bei den Fünfjährigen 35 Prozent. Die neuen Zuwanderer werden diesen Anteil in kürzester Zeit erhöhen. Sie bringen ein anderes Familienbild und ein anderes Fortpflanzungsverhalten mit.



„Nicht das Land muss sich der tradierten Kultur der Einwanderer anpassen, sondern die Einwanderer an die Lebensregeln der neuen Heimat.“

nicht wiederholen. Deshalb brauchen die Flüchtlinge bei ihren Integrationsbemühungen eine motivierende Führung. Mit enger Begleitung lassen sich die Ausfallquoten im Integrationsprozess verringern. Das hat aber auch Grenzen, wie die ernüchternden Berichte aus Schweden zeigen.

Deshalb gehören Integration und die dafür notwendige Programmatik in eine zentrale Steuerung. Ich plädiere für ein eigenes Bundesministerium für Integration. Nur über die Bundessteuerung lassen sich Irrwege und ideologische Spielereien in der Provinz ausbremsen.

4. Sprache, Wohnung, Arbeit

Integration bedeutet Sprache, Wohnung und Arbeit. Wer die Sprache eines Landes nicht beherrscht, kann es nicht verstehen und sich nicht mitteilen. Er bleibt ein Außenseiter. Die Tür in die Gesellschaft, zu Freunden, zu Nachbarn geht nur über eine gemeinsame Sprache auf. Viele Flüchtlinge können sich mit Englischkenntnissen einigermaßen über Wasser halten. Das entlastet den Staat jedoch nicht aus der Pflicht, Neuankömmlingen unverzüglich nach ihrer Ankunft und örtlichen Zuweisung ein Erlernen der deutschen Sprache zu ermöglichen. Allerdings muss die Teilnahme dann auch obligatorisch sein.

Preiswerter Wohnraum war schon vor den Zuwanderungswellen seit 2014 ein knappes Gut. Die Situation hat sich immens verschärft. Der kluge Rat, „die Flüchtlinge müssen so schnell wie möglich in eine eigene Wohnung ziehen können“, ist völlig inhaltsleer. Die Wohnungen müssen erst gebaut werden. Selbst bei Leichtbauweise und vorhandenem Baurecht werden Fertigstellungen in nennenswerter Zahl erst ab 2017 zu erwarten sein. Wir werden uns noch eine gewisse Zeit daran gewöhnen müssen, dass Schul- und Sporthallen als Unterkünfte beschlagnahmt sind und das tägliche Leben dadurch beeinträchtigt ist. Hinzu kommt eine sich zuspitzende Konkurrenzsituation mit der einheimischen Bevölkerung. In der Wohnungsfrage zu einer sozial gerechten und vermittelbaren Linie zu finden, ist eine schwierige Aufgabe.

Mit Blick auf die Konzentration bestimmter Bevölkerungsgruppen an Stellen, „wo die Ausländer nicht so stören“, sowie auf die in der Vergangenheit daraus entstandenen sozialen Brennpunkte und Parallelgesellschaften kann ich nur dazu raten, die Bauprogramme mit Bedacht umzusetzen. Der Bau von geschlossenen Siedlungen mit Billigwohnraum wird wieder zu ethnischen Clustern und Problemgebieten führen. Wir müssen eine Verteilung in der Fläche erreichen. Das dauert zunächst länger und ist widerstandsbelastet, wird sich aber in der Zukunft auszahlen. Neuansiedlungen gehören in die Wohngegenden des Bürgertums. Das wird an einigen Stellen wenig Freude



„Die Integration von bis zu zehn Millionen Menschen ist eine Herkulesaufgabe. Es ist die größte Herausforderung für unser Land seit dem Zweiten Weltkrieg.“

auslösen. Ganz sicher werden versierte Menschen alle Hebel in Bewegung setzen, um mit Verweis auf das Baurecht unerwünschte Nachbarn fernzuhalten.

Unabhängig von der handwerklichen Aufgabe des Wohnungsbaus dürfen wir aber einen drohenden Zerschleiß der Urbanität unserer Großstädte nicht negieren. Die wenigsten Flüchtlinge wollen ins Weserbergland oder an die Mecklenburgische Seenplatte. Natürlich streben alle dorthin, wo das Leben pulsiert und Bekannte schon ansässig sind. Doch die dann entstehenden geschlossenen Milieus und ein Leben untereinander sind integrationsfeindlich. Sie erschweren den Spracherwerb und führen in die Isolation der Parallelgesellschaft. Aber auch unsere Städte selbst wären durch eine solche Entwicklung überfordert. Es entstünden soziale Brennpunkte bis hin zur Unsteuerbarkeit auf der einen Seite und gated communities auf der anderen. In London und Paris hat man diese Entwicklung verschlafen. Deshalb sollte das Prinzip des von 1989 bis 2009 gültigen Wohnortzuweisungsgesetzes für Spätaussiedler wiederbelebt werden. Für drei Jahre wurde damals der Wohnort festgelegt und nur dort wurden Sozialleistungen gewährt. Ein Wohnortwechsel kam nur mit einem festen Arbeitsplatz in Betracht. Diese Regelung wurde durch das Bundesverfassungsgericht für grundgesetzkonform erklärt. Sie beflügelte die Integrationsbemühungen enorm. Die Berliner Integrationsministerin meint allerdings, dass man die Bewegungsfreiheit von Flüchtlingen nicht einschränken darf. Tragfähig ist das nicht. Was 20 Jahre für deutsche Staatsbürger legitim und sinnvoll war, geht wegen Verstoßes gegen die Menschlichkeit plötzlich nicht mehr?

Sprachkurse und Wohnungsbau können durch staatliches Handeln in Gang gesetzt werden. Die Versorgung mit Arbeitsplätzen gestaltet sich komplizierter. Sie hängt ab von den Bedarfslagen der Wirtschaft und den Qualifikationsniveaus der Flüchtlinge. Vage Schätzungen gehen davon aus, dass maximal 50 Prozent über eine ausbaufähige Grundqualifikation verfügen und nach Aufbaukursen vermittelbar sind. Von der

»

anderen Hälfte wird sich ein gerüttelt Maß zum industriellen Reserveproletariat ohne eine wirkliche Chance auf den erwarteten Lebensstandard entwickeln. Sie werden regelhaft keine wirkliche Chance in unserer Leistungsgesellschaft haben.

Die vollmundigen Prophezeiungen einiger Wirtschaftsmanager, dass in den Flüchtlingen die Substanz für ein zweites deutsches Wirtschaftswunder steckt, halte ich gelinde gesagt für substanzloses Gerede. Selbstverständlich frohlockt die Wirtschaft über das Hinzukommen neuer Arbeitskräfte. Bei der gegebenen Struktur kann man sie auch recht gut zur Lohndrückerei benutzen. Warum richten große Industriebetriebe eigentlich keine Sprach- und Integrationsprogramme ein? „Training on the Job“ nennt man das. Vormittags schrauben, nachmittags lernen. Der Mittelstand wird seine liebe Not mit minderqualifizierten Arbeitskräften und eingeschränkten Kommunikationsfähigkeiten haben. Insbesondere bei ideologisch motivierter Ablehnung eines Praktikantenstatus unterhalb des Mindestlohns.

Es ist unausweichlich, erst einmal alle Flüchtlinge in ihren Kompetenzen und Fähigkeiten zu erfassen. Das können nur die Bundesanstalt für Arbeit und die Jobcenter - und zwar nicht mittels Vorladekärtchen. Die Mitarbeiter müssen vor Ort sein, in die Unterkünfte gehen, um so eine enge Fühlung aufzubauen. Dies hätte eine beachtliche Umorganisation zur Folge, einschließlich einer Personalverstärkung. Die Botschaft für die Flüchtlinge wäre wiederum, dass sie individuell betreut und ernst genommen werden und ein Versinken in der anonymen Masse erschwert wird.

5. Innere Stabilität

Das Hauptziel aller staatlichen Integrationsbemühungen müssen die Staatsbürger von morgen, also die Kinder von heute sein. Sie müssen so schnell wie möglich neue Freunde und einen neuen Horizont finden. Konkret heißt das, Flüchtlingskinder müssen in den Kindergarten und in Willkommensklassen der Schulen - und zwar unverzüglich. Nicht selten stellen wir bei den Eltern eine Verweigerungshaltung fest. Gerade bei den



„Ich spreche mich erneut für eine Kindergartenpflicht als Integrationsmaßnahme und obligatorische Ganztagschulen aus.“

Kleinen aber muss der Staat unnachgiebig verbindlich sein. Hier entscheidet sich, ob am Ende der Bildungslaufbahn hungrige junge Menschen auf ein selbstbestimmtes Leben stehen oder Low Performer mit Verweilstatus im Sozialsystem. Ich spreche mich erneut für eine Kindergartenpflicht als Integrationsmaßnahme und obligatorische Ganztagschulen aus.

Die Kanzlerin hat gesagt: Wir schaffen das. Die Wirtschaft sagt, alles, was wir heute zahlen, ist nur ein Kredit, den die Flüchtlinge durch ihre Lebensleistung der Gesellschaft zurückgeben werden. Nun gut, wir reden heute von etwa 17 bis 20 Milliarden Euro Kosten für die Flüchtlinge pro Jahr. Das ist viel Geld, doch es gibt keine Alternative. Wir müssen da durch, auch wenn die La-Ola-Wellen dem grauen Integrationsalltag weichen müssen. Viele von jenen, für die das alles eine große Party war, beklagen heute, wie kompliziert das richtige Leben ist.

Wir brauchen im Land stabile Verhältnisse. Eine Grenze, die keine ist, ein Staatsgebiet, das jeder nach Belieben für sich reklamieren kann, und eine staatliche Desorganisation, die eigentlich nur noch moderiert, das alles sind keine guten Voraussetzungen für die geordnete Bewältigung einer Jahrhundertaufgabe. Nennen Sie es Grenzsicherung, nennen Sie es Quote, das ist mir egal. Aber ohne innere Stabilität werden wir zum Spielball fremder Interessen. ●



ZUR PERSON

HEINZ BUSCHKOWSKY, geboren 1948, ist der Sohn eines Schlossers und einer aus Schlesien stammenden Sekretärin. Er war von Dezember 2001 bis März 2015 Bürgermeister des Berliner Brennpunkt-Bezirks Neukölln. 2011 wurde dem SPD-Politiker der Hildegard Hamm-Brücher-Förderpreis verliehen.

Die Bewältigung des Zustroms von Flüchtlingen nach Europa und Deutschland bleibt auch im neuen Jahr drängendste Aufgabe. Denn die bislang ungeordnete Zuwanderung einer ungekannten Zahl von Menschen führt in Deutschland zur Sorge vor einem Kontrollverlust unseres Staates. Dringend wie nie ist es nun geboten, vom chaotischen Massenzustrom wieder zu einem System der Ordnung und des Rechts zu kommen – auch um die Zahl von neu ankommenden Flüchtlingen auf ein verkraftbares Niveau zu senken.

Fünf Punkte sind für eine humanitär verantwortliche und rationale Einwanderungspolitik von besonderer Bedeutung:

ERSTENS: Kriegsflüchtlingen gewähren wir vorübergehenden humanitären Schutz. Es braucht einen klaren Katalog von Kriterien, wem wir Schutz gewähren können – und wem nicht. Die monatelangen Verfahren beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge sind würdelos gegenüber Schutzsuchenden und führen durch die langen Wartezeiten in Deutschland zu neuen Härtefällen. Der Schutz in Deutschland gilt so lange, wie die Fluchtgründe bestehen. Wenn sie wegfallen, muss die Ausreise in die alte Heimat die Regel sein.

ZWEITENS: Wer auf legalem Weg ins Land kommt und sich hier aufhält, erhält sofort Zugang zu Integrationsmaßnahmen. Das Erlernen der deutschen Sprache ist für eine gelungene Integration wichtig – das Verständnis und die Achtung der Werte unseres Grundgesetzes nicht weniger. Der Zugang zum Arbeitsmarkt muss unbürokratisch möglich sein. Wer durch eigene Leistung seinen Lebensunterhalt komplett oder in Teilen bestreiten kann, der muss das tun können.

DRITTENS: Die Flüchtlingsströme sind eine internationale Herausforderung, für sie gibt es keine nationale Lösung. Es braucht mindestens eine europäische Strategie: Vergleichbare Standards für Flüchtlinge, vergleichbares Asylrecht und einen konsequenten Schutz der Außengrenzen Europas mit einer eigenen Grenzschutzbehörde. Der Schutz der Außengrenze ist die Voraussetzung dafür, dass die Freizügigkeit innerhalb Europas weiter bestehen kann.

VIERTENS: Deutschland braucht ein liberales Zuwanderungsgesetz – sofort, und nicht erst 2018 oder später. Angesichts der demografischen Entwicklung unserer Gesellschaft werden wir Fachkräfte verstärkt nach Deutschland einladen müssen. Der Bedarf unseres Arbeitsmarkts macht die Kriterien klar, wer direkten Zugang nach Deutschland erhält – ganz unabhängig davon, ob er verfolgt wird oder nicht.

FÜNFTENS: Wer in Deutschland lebt, für den gelten unsere Rechtsordnung und die Werte unseres Grundgesetzes. In unserer liberalen Gesellschaftsordnung darf es für niemanden Rabatt geben – egal, ob Deutscher oder Zuwanderer. Sie entwertet und zerstört, wer unwidersprochen Ressentiments bedienen kann, Frauen beleidigt und sexuell belästigt oder Flüchtlingsheime in Brand steckt. Hier endet jede Toleranz. Es darf in Deutschland keine rechtsfreien Räume geben, wie es in manchen Großstädten inzwischen der Fall ist. Als Liberale wollen wir einen Staat, der nicht alles darf und der Maß in der Freiheitseinschränkung durch Gesetze hält. Aber diejenigen Gesetze, die wir haben, auf die müssen sich alle Bürgerinnen und Bürger in jedem Winkel unseres Landes verlassen können.

Die Bundeskanzlerin hat mit ihren unabgestimmten Alleingängen Chaos gestiftet. Erst in Europa, jetzt erfasst es ihre eigene Regierung. Wir erwarten von der Bundeskanzlerin eine radikale Umkehr ihrer Flüchtlingspolitik – zurück zu Ordnung und Recht. Das Staatsversagen wurde im letzten Jahr durch das beeindruckende Engagement der Bürgergesellschaft aufgefangen. Aber Staatsversagen ist alles andere als ein Wunschzustand. 2015 konnte sich die Regierung auf die Bürger verlassen. 2016 müssen sich die Bürger auch wieder auf ihre Regierung verlassen können. ●



Für ein System der Ordnung und des Rechts

// TEXT // CHRISTIAN LINDNER



„FLÜCHTLINGSWELLEN ENTSTEHEN NICHT ÜBER NACHT“

Die Frage nach dem richtigen Umgang mit den ins Land strömenden Massen spaltet gleichermaßen Regierung wie Gesellschaft. Im Interview beklagt der Migrationsforscher **THOMAS STRAUBHAAR** die Strategielosigkeit der Politik angesichts des sich seit Langem abzeichnenden Problems, fordert temporäre Sonderregeln, um die Integration der Flüchtlinge in den Arbeitsmarkt zu erleichtern, und erklärt, wie aus der Krise eine Win-win-Situation für alle Beteiligten erwachsen könnte. // INTERVIEW // **DAVID HARNASCH**



Es gibt zur Vorgeschichte der aktuellen

Situation zwei verschiedene Interpretationen: Angela Merkel sieht eine komplexe globale Gemengelage, auf deren Auswirkungen die Politik nur reagieren konnte. Kritiker der Bundeskanzlerin, hier wie im EU-Ausland, sehen ihre Äußerungen des vergangenen Sommers als ursächlich für die Zuwanderungsrekorde. Wer hat recht?

Die hohe Zahl von Flüchtlingen kann nicht auf ein singuläres Ereignis wie Frau Merkels Bemerkungen zum Asylrecht ohne Obergrenze reduziert werden. Es ist ja nicht so, dass sie damit Türen geöffnet hätte, die zuvor fest verschlossen waren. Ihre Äußerungen mögen verstärkend gewirkt haben, Auslöser der Flüchtlingswelle waren jedoch andere und weit früher bereits wirksame Ursachen: Zum einen ist Flucht aus politischem wie auch ökonomischem Elend im Kontext der globalisierungsbedingten Migrationsbewegungen kein ungewöhnliches Phänomen. Zum anderen hat die seit Jahren eskalierende Situation im Nahen Osten Menschen in die Hoffnungslosigkeit und damit in die Flucht getrieben. Frau Merkel mag durch ihre Worte

Deutschland als Ziel attraktiver gemacht haben - Ursache für die Flüchtlingsströme waren ihre Äußerungen aber nicht.

Bereits im Mai 2015 haben wir in „liberal“ die Planlosigkeit der Regierung angesichts der sich damals bereits abzeichnenden Flüchtlingskrise beklagt. Drei weitere Monate blieb das Innenministerium bei der offiziellen Einschätzung von 450.000 zu erwartenden Flüchtlingen. Wollte oder konnte de Maizière das nicht besser wissen?

Eigentlich hätte er es wissen müssen! Fakt ist: Die Bundesregierung hat das schon lange offensichtliche Thema verdrängt oder nicht zur Kenntnis genommen. Flüchtlingswellen entstehen nicht über Nacht, ihnen gehen lange Anlaufphasen voraus. Ihre Auslöser sind nicht konjunktureller, sondern struktureller Natur. Das gilt insbesondere für Flüchtlingsbewegungen aus politisch instabilen Ländern oder wirtschaftlichen Elendsregionen. Man konnte schon seit Beginn des Jahrzehnts erkennen, wie sich die Situation im Nahen Osten dramatisch verschlechterte. Während Westerwelle als Außenminister die Beziehungen zur Türkei offensiv verbesserte

und mitwirkte, dass der damalige Außenminister und heutige Ministerpräsident Ahmet Davutoğlu eine Außenpolitik der „zero problems“ mit den Nachbarn verfolgte und Recep Tayyip Erdoğan Syrien und Baschar al-Assad sich noch als beste Freunde und Brüder im Geiste bezeichneten, hat die aktuelle Bundesregierung einen anderen Kurs eingeschlagen – und ging trotzdem davon aus, dass Länder wie die Türkei und Jordanien das Flüchtlingsproblem für uns lösen würden und bereit wären, die Kosten dafür alleine zu tragen. Offensichtlich fehlt der Regierung für die Migrationspolitik im Allgemeinen und für die Flüchtlingspolitik im Speziellen seit Jahren jede Strategie. Man ist für die Globalisierung, aber gegen die Zuwanderung. Deshalb gibt es auch weder ein Einwanderungsgesetz noch ein Migrationsministerium.

Man hat nicht den Eindruck, dass sich das inzwischen verbessert hätte.

Sich erst angesichts der akuten Krise Gedanken über eine Strategie zu machen ist natürlich zu spät. Krisenbewältigung ist in aller Regel Hauruck-Politik, ein hektischer Aktio- »



ZUR PERSON

THOMAS STRAUBHAAR ist Professor für Internationale Wirtschaftsbeziehungen an der Universität Hamburg. Der Migrationsforscher gehört dem Kuratorium der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit an.

nismus der kurzfristigen Nothilfe, des Hochziehens von Stacheldraht und Grenzzäunen und der überstürzten Staatsbesuche – beispielsweise in die Türkei – per Definition das Gegenteil einer langfristig geplanten Strategie aus einem Guss.

Die kurzfristige Nothilfe funktioniert auf der lokalen Ebene ja tatsächlich sensationell gut – besonders im Süden der Republik und dank einer couragierten Zivilgesellschaft. Aber wenn Andrea Nahles auf die Idee kommt, 35 Prozent der Neuankömmlinge wären binnen einem Jahr in den Arbeitsmarkt vermittelbar, zweifelt man schon an der Qualität von Hauruck-Politik ...



„Es ist naiv zu glauben, dass die Masse der Flüchtlinge kurzfristig dem deutschen Arbeitsmarkt zur Verfügung stünde.“

Sicher wollen die Verantwortlichen sinnvolle und sachgerechte Lösungen entwickeln. Politiker sind weder dumm noch so arrogant, dass sie ausschließlich ihre eigenen ideologischen Interessen verfolgen. Unter dieser Prämisse ist es natürlich erschreckend, solche realitätsfernen Einschätzungen zu hören, wenn gleichzeitig politisch nichts für die konkrete Umsetzung getan wird. Was uns Liberale aber bestärken kann und soll: Die Bevölkerung folgt im Alltag ganz pragmatisch dem gesunden Menschenverstand. Menschen agieren, bewerten und entscheiden in der alltäglichen Praxis weit vernünftiger und sachgerechter, als es die große, vermeintlich intelligente Politik tut. Sie waren und sind – auch in Deutschland – ihren ausländischen Nachbarn durchaus zugetan, auch wenn

diese aus einer anderen Kultur stammen. Im alltäglichen Leben läuft das Miteinander in der Regel gut bis sehr gut. Aber die Leute haben jetzt und heute das Gefühl, dass die Politik die Kontrolle über Zuwanderung und Integration verloren hat. Das macht den gesunden Menschenverstand der Bevölkerung misstrauisch und führt zu Verunsicherung – auch ganz allgemein gegenüber Migration und Menschen mit Migrationshintergrund, die nun verstärkt unter einen Kollektivverdacht geraten. Frau Nahles widerspricht sich selbst, wenn sie einerseits sagt, sie möchte möglichst schnell möglichst viele Neuankömmlinge in den Arbeitsmarkt bringen – was ja ein völlig richtiges und

unterstützenswertes Ziel ist – sie sich aber andererseits weigert, die gesetzlichen Voraussetzungen zu schaffen, dass Flüchtlinge ohne bürokratischen Aufwand rasch die Erlaubnis erhalten, arbeiten zu können.

Allerdings ist es naiv zu glauben, dass die Masse der Flüchtlinge kurzfristig dem deutschen Arbeitsmarkt zur Verfügung stünde. Man muss es nüchtern sagen: Es gibt gewaltige Unterschiede zwischen dem Arbeitsalltag in Syrien oder Nordafrika und dem, was hierzulande von einer Arbeitskraft erwartet wird. Um auf das Produktivitätsniveau der Alteingesessenen zu kommen, benötigen Flüchtlinge viel Zeit. Deshalb sind alle temporären Sonderregelungen zu begrüßen, wie beispielsweise Kombilohnmodelle, bei denen der Staat für die Beschäftigung von

Flüchtlingen den Arbeitgebern einen Zuschuss zahlt und damit ausgleicht, dass die Leistungsfähigkeit am Anfang der Beschäftigung noch nicht so hoch sein kann, wie es beispielsweise der Mindestlohn erwartet. Der Zuschuss könnte auch an die lokalen Kommunen gehen, um als Sachhilfe erwerbstätige Flüchtlinge bei Miete, Bildung und Gesundheit zu unterstützen. Mit solchen Maßnahmen böten wir eine Chance zur Integration.

Eine andere Illusion, auf der aktuelle Politik aufbaut, scheint die viel beschworene Verteilung der Flüchtlinge auf andere europäische Länder zu sein. Sofern es keine Grenzkontrollen gibt, ist es doch utopisch zu glauben, irgendjemand würde freiwillig eher legal in Ungarn bleiben, als in Deutschland illegal in der Schattenwirtschaft tätig zu werden ...

Man kann nicht gleichzeitig die Freizügigkeit innerhalb des Schengenraums und andererseits eine Asylpolitik auf nationaler Grundlage aufrechterhalten. Sonst haben Sie Anreize für starke Transitbewegungen: Asylsuchende überqueren die Grenze zu Europa an ihrer schwächsten Stelle und wandern dann schnellstmöglich ins attraktivste Land weiter. Wenn wir Freizügigkeit und Schengen haben wollen, können sich auch die Flüchtlinge frei bewegen. Deshalb gibt es das Dublin-Abkommen. Es verlangt, die Asylverfahren an den Außengrenzen der EU abzuwickeln, und verhindert die Transitwanderung von Asylsuchenden. Es gibt keinen Grund, nicht auf die Einhaltung und Durchsetzung des Dublin-Abkommens zu insistieren. Allerdings müssten die entsprechenden EU-Staaten mit Außengrenzen zum Nahen Osten und Nordafrika finanziell, personell und technisch entsprechend ausgestattet werden. Das kann nur mittels einer zentralen europäischen Politik erfolgreich geschehen. Wird einem Asylantrag an der EU-Außengrenze dann stattgegeben, sollte der Flüchtling sich aussuchen können, wohin er gehen will. Daher wäre es sinnvoll, wenn die EU ihm personengebunden eine fixe Fördersumme zuteilt, die dann lokal von der Gemeinde, in der er sich niederlassen will, aus Brüssel abgerufen werden kann.



„Wie Integration zum beiderseitigen Vorteil gelingt, hat gerade der Westen Deutschlands in den Jahrzehnten seit dem Wirtschaftswunder gelernt.“

Natürlich kosten die Flüchtlinge erst mal einen Haufen Geld, aber es trifft Deutschland - im Gegensatz zu Südeuropa - ja nicht zum ungünstigsten Zeitpunkt.

Das gilt es, differenziert zu betrachten: Weder lösen die Flüchtlinge unsere Demografieprobleme, noch sind sie für makroökonomische Probleme hauptverantwortlich. Auch wenn die Zahl von über einer Million für 2015 dramatisch erscheint: Die werden nicht alle hierbleiben - und selbst wenn sie es würden, entspräche das lediglich gut einem Prozent der Bevölkerung. Das ist zwar viel, kann aber weder im Guten noch im Schlechten dramatische Strukturverwerfungen für die Gesamtwirtschaft oder die öffentliche Hand verursachen. Die Weltwirtschaft hat an Dynamik eingebüßt, was für ein stark exportorientiertes Land wie Deutschland problematisch ist. Daher gewinnt die Binnennachfrage für die Konjunktur an Bedeutung. Und der makroökonomische Sondereffekt von Flüchtlingswellen entspricht einem Konjunkturpaket: Die Neuankömmlinge brauchen Wohnungen, Kleidung, Essen, Konsumgüter. Auch wenn das zunächst vom Staat finanziert wird, ergeben sich daraus kurzfristig positive Effekte für die Privatwirtschaft. Aber auch hier gilt die Relativierung: Wir reden bezogen auf das diesjährige Wachstum des Bruttoinlandsprodukts nur von der ersten Nachkommastelle.

Ist im konkreten Fall die demografische Struktur der Flüchtlingspopulation sogar

vorteilhaft für die Aufnahmegesellschaft? Es rückt ja nicht der repräsentative Durchschnitt der syrischen Bevölkerung inklusive der Alten und Armen an, sondern es kommen die mutigsten und motiviertesten der Männer unter 30 - also Leute, die, wenn man ihnen die Möglichkeit gibt, schon recht bald und dann lange und kräftig mit anpacken könnten ...

Das kann der mittelfristige Effekt in drei bis fünf Jahren sein, aber so viel Geduld müssen wir aufbringen. Das ist der Unterschied zu den anderen Aspekten der Globalisierung: Bei der Migration kommt kein Kapital oder ein Container voller Maschinen. Hier kommen Menschen mitsamt ihren Hoffnungen und Wertvorstellungen. Aber wie Integration zum beiderseitigen Vorteil gelingt, hat ja gerade der Westen Deutschlands in den Jahrzehnten seit dem Wirtschaftswunder gelernt. Es ist ja offensichtlich, dass die durch Flüchtlinge, Gastarbeiter, EU-Freizügigkeit, Rück- und Übersiedler immer wieder erfolgte Zuwanderung nach Westdeutschland in der Nachkriegszeit mitursächlich dafür war, dass in Deutschland eine im Weltmaßstab prosperierende Region entstehen und sich halten konnte. Auf diesen Lerneffekten können wir aufbauen!

Die Wertevorstellungen, mit denen viele junge Syrer seit ihrer Geburt beständig indoktriniert wurden, stehen in deutlichem Kontrast zu beispielsweise dem Sonderver-

hältnis, das Deutschland aus guten Gründen zu Israel pflegt. Man darf davon ausgehen, dass diese Leute zunächst andere Prioritäten haben, als sich politisch zu betätigen. Aber besteht nicht die Gefahr, dass sie, sofern sie sich in zehn, 15 Jahren marginalisiert am Rande der Gesellschaft wiederfinden sollten, zurückfallen auf die Sündenbocknarrative, mit denen sie groß geworden sind? Und dass wir dann feststellen, dass wir uns ein kulturelles Problem importiert haben?

Fakt ist: Die Flüchtlinge sind jetzt hier. Die Frage, ob wir Flüchtlinge haben wollen oder nicht, ist damit ohne Belang geworden. Es macht keinen Sinn mehr, jetzt zu diskutieren, wie man eine Flüchtlingswelle hätte vermeiden können, da helfen Antworten erst für eine ferne Zukunft. Jetzt und heute stellt sich nur noch die Frage: Wie gehen wir mit dieser Million Menschen um, die schon da ist? Wenn wir das vermessen und auf Diskriminierung und Ausgrenzung setzen, dann haben wir in ein paar Jahren Verhältnisse wie heute schon in Frankreich oder Belgien. Diejenigen, die sich am stärksten radikalisierten und gegen die Mehrheitsgesellschaft rebellieren, sind ja interessanterweise nicht die ärmsten oder am wenigsten gebildeten Zuwandernden. Es sind vor allem Angehörige der zuwandernden Mittelklasse, die frustriert sind, primär als Teil einer Gesellschaft wahrgenommen zu werden, die in der Herkunftsregion, aber auch hier in Deutschland unterdurchschnittlich erfolgreich ist – auch weil deren Kultur und Religion als unerwünscht, fremd oder gar rückständig beurteilt werden. Dieser Minderwertigkeitskomplex ist Nährboden für eine Radikalisierung. Wenn wir hingegen auf die Chancen von Vielfalt und Zuwanderung setzen, haben wir zumindest die Möglichkeit, die Probleme zu minimieren und die positiven Effekte zu maximieren. Wenn wir jetzt die Weichen für Zuwanderung und Integration, aber auch zur Verhinderung von Flucht und Vertreibung, Not und Massenarmut strategisch richtig stellen, dann haben wir eine realistische Chance, aus der Migration eine Win-win-Situation für alle Beteiligten zu erreichen. ●

Rund 60 Millionen Menschen sind weltweit auf der Flucht. Mehr als 800.000 von ihnen sind 2015 nach Deutschland gekommen – viele davon aus Syrien. Häufig sind es bereits heimisch gewordene Deutsch-Syrer, die den Neuankömmlingen wichtige Tipps für den Alltag geben, als Dolmetscher fungieren und Hilfe im deutschen Bürokratiedschungel leisten. Vor allem aber verstehen sie wohl besser als sonst jemand die Schicksale der Geflohenen. *liberal* hat fünf von ihnen getroffen. // TEXT // **STEFAN KREITEWOLF**

WER SEID IHR?



ALI MOHAMAD ist Auszubildender zum Elektrotechniker im dritten Lehrjahr. Er arbeitet im Technikzentrum Siegerland von ThyssenKrupp. Der 19-Jährige hatte in seiner frühen Jugend selbst mit der deutschen Sprache zu kämpfen. Syrische Flüchtlinge mussten dazu gezwungen werden, Deutsch zu lernen, sagt er.



TAREK ABDIN-BEY lebt seit mehr als fünf Jahrzehnten in Deutschland. Er ist Vorsitzender des Deutsch-Syrischen Vereins. Der 71-Jährige hat im Sommer jede freie Minute am Münchener Hauptbahnhof verbracht, um seinen Landsleuten zu helfen.

Wie sind Sie nach Deutschland gekommen, und wie lange leben Sie schon hier?

Im Jahr 2000 bin ich als Vierjähriger mit meinen Eltern und zwei Geschwistern nach Dortmund gekommen. Dann ging es nach Netphen im Siegerland. Es dauerte aber 13 Jahre, bis endlich klar war, dass wir in Deutschland bleiben dürfen.

Ich bin als Student nach Deutschland gekommen. Das war vor 54 Jahren. Nachdem ich in Wuppertal und Karlsruhe studiert hatte, kam ich nach München. Dort wurde ich zum Exportfachmann ausgebildet.

Fühlen Sie sich in Deutschland integriert? Ist das überhaupt ein Thema für Sie?

In der Grundschule habe ich anfangs Schwierigkeiten mit der deutschen Sprache gehabt. Die Lehrer waren aber sehr höflich, und ich habe direkt Freundschaften geschlossen. Ressentiments habe ich keine bemerkt.

Für mich war das Thema Integration nie wichtig. Meine Mutter ist Deutsche, und deswegen waren meine Beziehungen zu Deutschen immer freundschaftlich. Ich bin schließlich einer von ihnen.

Was raten Sie den Neuankömmlingen aus Ihrem Geburtsland?

Die Integration ist nicht ganz leicht. Das liegt an der Sprache und an der Schüchternheit. Flüchtlinge aus Syrien treffen sich nur untereinander. Sie müssten dazu gezwungen werden, mit vielen Leuten zu sprechen und dadurch Deutsch zu lernen.

Sie müssen schnell die deutsche Sprache lernen. Außerdem gilt es, arabische Benimmregeln abzulegen. Zum Beispiel darf sich kein syrischer Mann weigern, einer deutschen Frau die Hand zu schütteln. Das passt einfach nicht hierher.



STEFAN KREITEWOLF hält sich nicht ganz an die Weisheit von „Mr. Tagesthemen“ Hajo Friedrichs, wonach sich ein Journalist selbst mit einer guten Sache nicht gemein machen dürfe. Der Essener hat viele syrische Bekannte und hilft ihnen bei der Integration, wo es nur geht.
redaktion@libmag.de



MIRELLA VORSPRACH kommt aus Syrien und hat in Deutschland Karriere gemacht. Die 28-Jährige arbeitet bei SAP in der Finanzabteilung. 2009, zwei Jahre vor Ausbruch des Bürgerkriegs in ihrem Heimatland, ist sie nach Deutschland gekommen – gerade noch rechtzeitig.

Im Jahr 2009 bin ich für ein Semester als Austauschstudentin nach Deutschland gereist. Nachdem ich im Jahr 2010 in meiner Heimat den Bachelor in Wirtschaftsinformatik gemacht hatte, bin ich im August 2011 als Masterstudentin nach Deutschland zurückgekehrt.

Mit der Integration hatte ich kein Problem, weil ich ein aufgeschlossener Mensch bin und meine Kommilitonen und Kollegen kennenlernen wollte. Außerdem habe ich acht Monate vor meiner Ankunft in Deutschland meinen Mann kennengelernt.

Die Sprache ist der Schlüssel zur Gesellschaft. Neuankömmlingen rate ich, niemals aufzugeben. Sie sollen immer lernen und gegenüber anderen Menschen aus Deutschland offen bleiben.



MOHAMMED TABBACH ist Rentner. Der 80-Jährige hat zwei Drittel seines Lebens in Deutschland verbracht. Der ehemalige Hals-Nasen-Ohren-Arzt engagiert sich im Deutsch-Syrischen Verein.

Ich bin 1958 als Student nach Deutschland gekommen. Ich habe Medizin in Mainz studiert und bin 1972 nach Wilhelmshaven umgezogen. Dort unterhielt ich viele Jahrzehnte lang eine eigene Praxis.

Ich fühle mich integriert und glaube, dass Integration wichtig ist. Nehmen Sie mich als Beispiel: Ich denke deutsch und fühle syrisch. Obwohl ich integriert bin, trage ich mein Geburtsland Syrien immer bei mir im Herzen.

Die Neuankömmlinge sind ein Segen für Deutschland. Unter den Flüchtlingen sind viele kluge Menschen: Akademiker, Ärzte und Kaufleute. Aber sie sollten schnell die deutsche Sprache lernen, deutsche Freunde bekommen und sich integrieren. Die Flüchtlinge dürfen sich nicht isolieren.



SALEM EL-HAMID ist Generalsekretär der Deutsch-Syrischen Gesellschaft. In diesen Tagen ist er ein gefragter Gesprächspartner. Auch die Bundesregierung fragt ihn nach Rat.

Ich bin nach dem Medizinstudium nach Deutschland gekommen und habe in Hildesheim meine Facharztausbildung absolviert. Mittlerweile lebe ich seit 35 Jahren in Deutschland und arbeite als Chefarzt für Jugendmedizin des Kreiskrankenhauses Gummersbach.

Natürlich bin ich integriert. Integration erfordert die Bereitschaft, sich anzupassen. Man muss mental dazu in der Lage sein. Seitdem ich in Deutschland bin, war ich bereit, mich zu integrieren. Das hat gut geklappt. Jetzt habe ich eine deutsche Frau und deutsch-syrische Kinder.

Die Flüchtlinge müssen sich integrieren. Sie müssen die Sprache lernen und versuchen, die Mentalität der Deutschen zu verstehen. Dann geht es auch sehr schnell vorwärts.

AUCH FREIHEIT MUSS MAN LERNEN



Die Ereignisse der Kölner Silvesternacht sind Ausdruck eines tief liegenden Problems. Doch noch bevor die Analyse der Ereignisse stattgefunden hat, wird eine Debatte diffamiert, die sich mit den Ursachen von Integrationshindernissen und Parallelgesellschaften auseinandersetzt. // TEXT // **NECLA KELEK**



In der Silvesternacht wurden am Kölner

Hauptbahnhof Hunderte von Frauen von über 1.000 Männern sexuell belästigt. Doch weil nicht sein kann, was nicht sein darf, setzte nach der allgemeinen Empörung und dem Ruf nach der „Härte des Gesetzes“ gleich die Verschleierung der Ereignisse ein.

Die Islamvertreter hielten sich gar nicht damit auf, darüber nachzudenken, dass muslimisch sozialisierte Männer die Täter

waren. Von Lamy Kaddor von den angeblich „liberalen“ Muslimen über den türkischen DITIB-Verbandssprecher Bekir Alboga bis zu Ayman Mazyek, dem Vertreter des Zentralrats der Muslime, schoben sie wortgleich die Schuld an den Vorkommnissen der Kölner Polizei zu. Natürlich habe das, was die nordafrikanischen Männer gemacht hätten, nichts mit dem Islam zu tun. Dass, wie mir berichtet wurde, arabisch aussehende Frauen gezwungen wurden, die Schaha-

da, das islamische Glaubensbekenntnis, zu sprechen, um schadlos passieren zu können, zeigt, dass es sich nicht nur um Diebstahl, sondern auch um Machtdemonstrationen junger Männer handeln muss.

Auch die Grünen und die Familienministerin regten sich allgemein über „Männergewalt“ auf, die überall in der Welt vorkomme, und vermieden eine Diskussion über die Rolle des Islam. Wie in dem Aufruf #ausnahmslos warnte man: „Das Problem des Sexismus und der sexualisierten Gewalt darf nicht ‚islamisiert‘ und damit pauschal einer Religion und ihren - häufig vermeintlichen - Angehörigen zugeschrieben werden.“

Wieder einmal soll, noch bevor die Analyse der Ereignisse überhaupt stattgefunden hat, mit vereinten Kräften eine Debatte abgewürgt und diffamiert werden, die sich mit den Ursachen von Integrationshindernissen und Parallelgesellschaften auseinan-

dersetzt. Dabei ist Köln nur die Spitze eines grundsätzlichen Problems.

Junge Männer aus arabischen Ländern haben durch ihre Sozialisation ein Problem damit zu akzeptieren, dass junge Frauen hierzulande die gleichen Rechte haben wie sie. Dazu gehört auch das Recht der Frauen, sich ohne männliche Begleitung aus der eigenen Familie frei in der Öffentlichkeit zu bewegen, sei es in Konzertsälen, Cafés oder Lokalen. Frauen dürfen in Deutschland feiern und leicht bekleidet durch die Straßen gehen, ohne von Männern belästigt zu werden. In muslimischen Gesellschaften gilt die Frau als Verführerin, die sich vor dem Mann verhüllen muss, um ihn nicht zu reizen.

Der Grund für dieses archaische Welt- und Frauenbild sind die ethischen und traditionellen Sitten und Traditionen des in diesen Gesellschaften herrschenden Islam. Der Islam ist hier nämlich nicht nur Glaube, sondern ein Herrschaftssystem, das die Diktatur der Männer über die Frauen legitimiert und tradiert.

Als im Jahr 2012 auf dem Tahrir-Platz in Kairo für Freiheit und Demokratie demonstriert wurde, kam es in der Menge zu massiven sexuellen Angriffen auf Frauen. Zu Übergriffen auf unverschleierte und unbegleitete Frauen und Mädchen kommt es in diesen Ländern täglich. Wenn Herr Mazyek behauptet, die Männer würden dies bei uns machen, obwohl es in ihren Heimatländern verboten sei, dann ist dies eine bewusste Täuschung der Öffentlichkeit.

Vor Kurzem hat das türkische Amt für Religion DIYANET eine Fatwa, ein Rechtsgutachten, herausgebracht, nach dem es unsittlich ist, wenn sich Verlobte ohne Aufsicht treffen. Selbst in der eigentlich säkularen Türkei will die religiöse AKP-Regierung durchsetzen, dass Flirten oder Händchenhalten bei Verlobten „haram“, also verboten ist. Es sind Islamvertreter, die uns nun sagen, man dürfe solche Verbrechen, wie in Köln geschehen, nicht „kulturalisieren“. Im Gegenteil, die Moscheevereine und ihre Gefolgschaft sind es, die das Zusammenleben von Männern und Frauen „islamisieren“ wollen.

Wir haben seit letztem Sommer etwa 600.000 junge Männer im Land, die nach

den Traditionen und Regeln einer islamischen Gesellschaft sozialisiert wurden. Für sie ist Freiheit, „sich Allahs Vorschriften zu unterwerfen“, und einige meinen vielleicht, es bedeute auch, „die Frauen in der Öffentlichkeit herabwürdigen zu dürfen“.

Wenn wir uns nicht klarmachen, dass wir es hier mit einem beiderseitigen Kulturschock zu tun haben, werden wir keine richtigen Antworten finden. Helfen wir weiter ohne Konzept und ohne diese Hintergründe einzubeziehen, werden viele dieser Männer früher oder später in den halb kriminellen Parallelwelten von Duisburg, dem Wedding oder anderswo verschwinden. Sie werden in prekären Verhältnissen leben, ausgebeutet werden und rechtlos sein, sich mit Hilfsjobs oder Dealerei durchschlagen. Sie werden vielleicht ihre Frauen nachholen und es werden bei uns Verhältnisse wie in Calais oder den Banlieues von Paris üblich werden.

Die zu uns gekommenen Männer und Frauen haben ein Recht auf Aufklärung darüber, wie sie ihren langen Alltag sinnvoll gestalten können. Darüber, welche Regeln in diesem Land im Zusammenleben gelten. Es geht dabei nicht nur darum, die Sprache zu lernen oder wie man Formulare richtig ausfüllt, sondern auch darum, dass Frauen gleichberechtigt sind, dass das Gewaltmonopol beim Staat liegt und jeder für sein Handeln verantwortlich ist. Auch Freiheit muss man lernen.

Ich sehe derzeit eine große Gefahr, dass die Frauen unter den Flüchtlingen bereits jetzt die Verliererinnen dieser Entwicklung sind, wenn sie nicht ausreichend über ihre Rechte in Deutschland aufgeklärt werden und in den Erstunterkünften und später in Wohnungen unter dem Diktat des Mannes leben müssen. Denn auch hier herrschen noch oder bereits wieder die alten Muster aus den Herkunftsländern. Die Flüchtlingsfrauen müssen ein

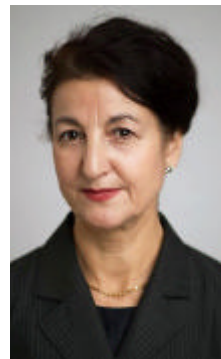
vom Mann unabhängiges Aufenthaltsrecht erhalten, wir müssen ihnen besondere Aufmerksamkeit schenken und zu ihrem Recht verhelfen.

Damit Integration gelingen kann, sollte bereits im Flüchtlingsheim damit begonnen werden. Frauen könnten sich dort selbst versorgen, kochen, putzen und die deutsche Sprache lernen. Hilfe zur Selbsthilfe wäre

„Frauen dürfen in Deutschland feiern und sie dürfen leicht bekleidet durch die Straßen gehen, ohne von Männern belästigt zu werden.“

wichtig. Dazu gehört herauszufinden, welche Fähigkeiten jede Frau mitgebracht hat und wie diese eingesetzt werden können, sei es in der Kommune oder privat. Integration durch Eigeninitiative wäre ein Weg, aus der Unmündigkeit des Flüchtlingsdaseins herauszutreten.

Die Verantwortlichen sollten die kulturelle Differenz erkennen und bereit sein, sie zu benennen. Wir müssen unsere Grundwerte und die Zivilgesellschaft offensiv vertreten. Wir müssen die Einwanderer als zukünftige Bürger ernst nehmen, mit allem, was dazugehört. Dass dies nur für eine bestimmte Zahl von Einwanderern gelten kann, weiß jeder, der sich die bereits jetzt vor uns stehende Aufgabe vor Augen hält. ●



ZUR PERSON

DR. NECLA KELEK, 1957 in Istanbul geboren und in Deutschland aufgewachsen, ist Sozialwissenschaftlerin und Publizistin. 2010 erhielt sie in der Frankfurter Paulskirche den Freiheitspreis der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit.



6. Januar 2016

Das Dreikönigstreffen der Liberalen ist ein Unikum in der politischen Landschaft, und dies gleich in mehrfacher Hinsicht: als Veranstaltung eines Landesverbandes, die dennoch bundesweit für Aufmerksamkeit sorgt, als regelmäßiges Veranstaltungsformat abseits der üblichen Parteitage, von dem weithin Notiz genommen wird, und nicht zuletzt als wohl älteste Veranstaltungsreihe der deutschen Politik, denn seinen Anfang nahm das Dreikönigstreffen am 6. Januar 1866. Mehr Tradition geht kaum. Zur Würdigung des 150-jährigen Jubiläums hat die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit eine Broschüre aufgelegt, in der die Geschichte des Treffens erläutert wird. Zur Würdigung des 150-jährigen Jubiläums hat die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit eine Broschüre aufgelegt, in der die Geschichte des Treffens erläutert wird. Diese Broschüre gibt es als PDF unter <http://bit.do/dreik>



Dreikönigstreffen 1928 (Kleines Bild © imago/Arnulf Hettrich)
Dreikönigstreffen 2016 (Großes Bild © Judith Bolsinger)



**ES IST SEHR
EINFACH,
ISTANBUL ZU
VERNICHTEN.
MAN MUSS
NUR EINE
ATOMBOMBE
ÜBER DEM
BOSPORUS
ABWERFEN,
UND DIE
STADT WIRD
ÜBERFLUTET.**



Seltsamerweise ignorieren deutsche Medien Wladimir Schirinowski weitestgehend. Dabei sind dessen politische Äußerungen brisant wie eh und je: Schirinowski ist noch immer Vorsitzender der „Liberal-Demokratischen Partei“, Duma-Abgeordneter und mehrfach unter der Regentschaft Putins mit hohen Orden ausgezeichnet worden. Auch wenn viele ihn gering schätzen, spielt er eine gewichtige Rolle im politischen Russland. // TEXT // **FILIPP PIATOV**

PUTINS RADIKALE STIMMUNGSKANONE

Wenn Wladimir Schirinowski vor die Kameras tritt, mit beiden Händen das Pult umklammert, aggressiv in die Runde schaut und sich einen Journalisten aussucht, auf den er sich gleich mit Inbrunst stürzen wird, jubelt die russische Presse - während westliche Medien nicht so recht wissen, was sie berichten sollen.

„Russischer Politiker fordert seine Bodyguards dazu auf, eine schwangere Journalistin zu vergewaltigen?“ „Russischer Politiker fordert die Überflutung Großbritanniens?“ „Russischer Politiker fordert russische Panzer in Brüssel, um dem ‚verschulden Europa‘ etwas Moral beizubringen?“ „Russischer Politiker fordert Atombombe auf Istanbul, sollte die Türkei den Bosphorus für russische Schiffe sperren?“ Schirinowski fordert nie weniger als den, nun ja, totalen Krieg.

Der Mann produziert Schlagzeilen, die man außerhalb Russlands nicht verstehen würde. In deutschen

Zeitungen behilft man sich, indem man ihn einen Oppositionellen oder Nationalisten nennt. Dabei wäre die Bezeichnung „Hofnarr“ wesentlich passender. Schon in den Neunzigern war der Slogan seines Wahlkampfs, jeder Frau einen Mann und jedem Mann zwei Flaschen Wodka zu garantieren. Man könnte sich seine Pressekonferenzen komplett sparen, wenn er nicht gelegentlich, vor allem retrospektiv, für Überraschungen sorgen würde. Schirinowski überrascht, weil er Drohungen ausspricht, die durch den russischen Präsidenten zur Wahrheit werden.

Als er kurz nach der Maidan-Revolution von russischen Panzern sprach, die Kiew jederzeit einnehmen könnten, fand das kaum Beachtung. Immerhin hatte er auch mal gedroht, Atombomben über dem Atlantik zu zünden, um Großbritannien zu überfluten - wer sollte da auf ihn hören? Kurze Zeit später rollten russische Panzer in die Ostukraine, um die Aufständischen zu unterstützen. »

Jahrelang hetzte er gegen Homosexuelle, ebenfalls ohne Beachtung, bis plötzlich ein Gesetz verabschiedet wurde, das „homosexuelle Propaganda“ unter Strafe stellte. Wer ist dieser Wladimir Schirinowski also, der von den russischen Intellektuellen verlacht wird, der mit seinen Reden den besten Stoff für Russlands Stand-up-Comedians liefert und von ausländischen Medien in Schubladen gesteckt wird, die er mit jedem zweiten Satz sprengt? Oder wie man in Russland fragt: Wem nützt er?



WLADIMIR SCHIRINOWSKI

wurde 1946 im kasachischen Alma-Ata geboren, studierte Turkologie, Internationale Beziehungen und Jura. Nach einer Tätigkeit als Anwalt gründete er 1990 die Liberal-Demokratische Partei Russlands, eine im rechtsradikalen Spektrum angesiedelte russisch-nationalistische Partei, die mit Liberalismus absolut gar nichts zu schaffen hat.

In Putins pseudodemokratischem Theaterstück spielt Schirinowski den Politclown, der die Wählerstimmen der Irren vereint. Russen, die „Putins pazifistische, liberale und vom Westen verseuchte Politik“ nicht länger ertragen können, schenken dem engagierten Radikalen ihre Stimme und fühlen sich gehört und repräsentiert, anstatt auf den Straßen Unruhe zu stiften. In jeder Talkshow klatschen die Empörten am lautesten für Wladimir Wolfowitsch Schirinowski, den Jura hassenden Anwalt, den Politik verschmähenden Politiker, den antisemitischen Juden.

Den Anständigen dient er als Abschreckung, personifiziert die ganze Absurdität der Opposition und demon-

striert so die Alternativlosigkeit Putins. „Wen haben wir denn, außer Putin?“, ist eine Frage, die man oft in Russland hört. Mit Schirinowski hat Wladimir Putin den perfekten, weil ewigen Oppositionellen erschaffen. Einen Mann, der offensichtlich dagegen ist und doch das beste Beispiel dafür, dass Opposition - um es mit Münzfeiring zu sagen - Mist ist.

Als seien Schirinowskis rechtsextreme, homophobe und antisemitische Äußerungen nicht absurd genug, nennt sich seine Partei zu allem Überfluss LDPR. Ein L für liberal, das berühmte demokratische D, und schon hat Russland eine Liberal-Demokratische Partei. Es ist so, als würde Angela Merkel die NPD dazu bringen, sich sozialdemokratisch zu nennen, um es der SPD vorzuwerfen. Genau das hat Putin getan. Liebe Russen, wollt ihr wirklich noch mehr Liberale im Parlament haben?

Doch wer Schirinowski unterschätzt - und dazu neigt man schnell, wenn man ihm zuhört -, sollte seine Rolle nicht unterschätzen. Der Gründer und Vorsitzende der LDPR ist nicht nur eine rechtsradikale Stimmungskanone, kein Clown im Anzug, sondern Stimmungsbarometer und Versuchskaninchen Putins. Niemandes Hirngespinnste werden so schnell Realität wie Schirinowskis. In Russland braucht es einen Irren, der die Wahrheit ausspricht.

Schirinowskis Hassreden gegen die außerparlamentarische Opposition, die verfluchten Liberalen, gewöhnten die Russen an Drohgebärden gegen Aktivisten. Wer von der Atmosphäre des Hasses spricht, die vom Kreml ausgeht, sollte die Bedeutung Schirinowskis nicht vergessen. Er war das Sprachrohr, das jahrelang gegen vermeintliche „Volksfeinde“ wettete. Ein Begriff aus den dunkelsten Zeiten der Sowjetunion.

Niemand in Russland störte sich daran, dass ein Politiker, der vom Kreml hofiert wird, vom Krieg gegen die Ukraine schwadronierte und Oppositionellen an den Kragen wollte. Der verrückte, von der Intelligenzija verlachte Schirinowski bereitete jahrelang den Nährboden für Putins Gesetze, für seine Kriege und seine Verbrechen vor. Russlands Intellektuelle werden Wladimir Schirinowski auch weiterhin nicht ernst nehmen. Dabei würde es sich lohnen, ihm besser zuzuhören. Vielleicht wäre man nächstes Mal besser vorbereitet, wenn russische Panzer wieder rollen oder Aktivisten auf der Straße erschossen werden. ●



FILIPP PIATOV wurde in Leningrad geboren und kam 1992 mit seiner Familie nach Deutschland. Nach dem Abitur lebte er ein Jahr in Tel Aviv. Er studierte Wirtschaft und schreibt für die *Welt* sowie andere Medien. 2015 erschien sein Buch „Russland meschugge“ bei dtv. redaktion@libmag.de

Fotos: Getty Images

A portrait of Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, a woman with short blonde hair, wearing an orange blazer and a colorful beaded necklace. She is smiling and standing in front of a background of grey and white horizontal stripes.

Sabine Leutheusser-Schnarrenberger

Vorstandsmitglied Friedrich-Naumann-Stiftung

für die Freiheit

Digitale Freiheit braucht Engagement

Vorratsdatenspeicherung, NSA, breit angelegte Sammlungen privater Daten bei Behörden und Unternehmen – die Freiheit der Bürger in der digitalen Welt wird durch Überwachung und Datenausbeutung stranguliert.

Deshalb hat die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit mit www.freiheit-digital.de eine neue Informationsplattform ins Netz gestellt. Sie weist den Weg zu einem Internet, in dem Privatsphäre, Selbstbestimmung und Datenschutz zählen.



freiheit-digital.de

Kreative Steuervermeidung ist eine Spezialität vieler multinationaler Konzerne. Zulasten von Bürgern und verantwortlich agierenden Unternehmen verschieben sie ihre Gewinne in Niedrigsteuerländer. Damit will die EU nun Schluss machen.

// TEXT // MICHAEL THEURER



Unrechtmäßige Staatsbeihilfe

Die Verluste durch „aggressive Steuerplanung“ gehen jedes Jahr in die Milliarden. Mit komplexen Steuervermeidungsmodellen verlagern multinationale Konzerne dabei ihre Gewinne von dem Land, in dem sie eigentlich versteuert werden müssten, in ein Niedrigsteuerland.

Mögen diese - zumindest noch - zu einem großen Teil legal sein, so sind sie aber auf jeden Fall zutiefst unfair. Denn sie gehen zulasten normaler Steuerzahler sowie der Steuerbasis eines anderen Landes, und sie benachteiligen kleine und mittlere Unternehmen. Denn KMU haben in den allermeisten Fällen nicht die für eine aggressive Steuerplanung nötigen Ressourcen oder grenzüberschreitende Geschäftstätigkeit. Während der Inhaber des Cafés am Marktplatz normal seine Steuern bezahlt, rechnet Starbucks seine Gewinne klein.

Die liberale Kommissarin Margrethe Vestager hat Starbucks, Amazon, Apple und Fiat, aber auch das Land Belgien wegen unrechtmäßiger Staatsbeihilfe durch Steuervergünstigungen verurteilt. Aber das EU-Wettbewerbsrecht reicht nicht aus.

Im Rahmen von OECD und G 20 versucht die Staatengemeinschaft, dem Gebaren einen Riegel vorzuschieben. In der

Europäischen Union müssen wir voranschreiten und mit einem über die OECD-Empfehlungen hinausgehenden, verbindlichen Gesetzesrahmen für Transparenz und fairen Steuerwettbewerb im EU-Binnenmarkt sorgen.

Dank der „LuxLeaks“-Enthüllungen durch Journalisten und Whistleblower gibt es dafür derzeit das nötige Momentum. Zur Aufklärung von „LuxLeaks“ hatte das Europaparlament im vergangenen Jahr einen Sonderausschuss eingesetzt, der Anfang dieses Jahres in die Verlängerung gegangen ist. Mit den Ausschüssen „TAXE I“ und „TAXE 2“ befasst sich erstmals eine EU-Institution mit dem Thema Steuervermeidung umfassend, wissenschaftlich fundiert und zielgerichtet. Obwohl es starken Gegenwind gab, gelang es, einen hochwertigen Bericht vorzulegen, in dem das Parlament die Problematik der Steuervermeidungspraktiken analysiert und konkrete Forderungen stellt. „Die Ritter von der TAXE-Runde“ nannte der EU-Korrespondent der WAZ die Ausschussmitglieder.

Soziale Marktwirtschaft erfordert eine Ordnung. An oberster Stelle steht deshalb der Ruf nach einem gesetzlichen Rahmen. Die Untersuchungen haben ergeben, dass die Kombination überkomplexer nationaler

Regeln zu Schlupflöchern geführt hat. Zwar erkennt das Parlament die nationalstaatliche Hoheit über Steuerfragen an und stellt sich auch Steuerpolitik als Standortpolitik nicht entgegen. Jedoch muss der Wettbewerb nach dem Vorbild der Schweiz über die Steuersätze und nicht die Besteuerungsgrundlage ablaufen.

Es geht jedoch auch um die Klärung politischer Verantwortlichkeiten. Bis zuletzt wurde den Ausschussmitgliedern der effektive Zugang zu wichtigen Dokumenten wie den Protokollen der „Code of Conduct Group“ - der Gruppe Verhaltenskodex in Steuerangelegenheiten der Mitgliedsstaaten - de facto verweigert.

Die Kommission hat nun volle Dokumenteneinsicht versprochen. Darüber hinaus haben sich wichtige Hinweise ergeben, denen „TAXE 2“ nachgehen will - etwa zum Gebaren Maltas oder Zyperns oder weiteren Steuervermeidungsmodellen. ●



MICHAEL THEURER ist Sonderberichterstatter im Europäischen Parlament zur Aufklärung von „LuxLeaks“ sowie Vorsitzender der FDP Baden-Württemberg und Beisitzer des Präsidiums der Bundes-FDP.

redaktion@libmag.de

Illustration: E. Nerheim; Foto: Privat

Die neue Online-Heimat der Freiheit.

www.freiheit.org



Besuchen Sie uns unter
www.freiheit.org

Die neue Website der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit – wir freuen uns auf Ihren Besuch!

- Optimierte für Tablet, Smartphone und Desktop
- Informationen für Stipendiaten
- Übersichtliche Darstellung von Nachrichten, Meinungen und Analysen
- Mit einem Klick zu unseren Veranstaltungen
- Viele Themenseiten, u.a. zu TTIP, Digitaler Freiheit, den Anschlägen in Paris



„DAS MISSTRAUEN MUSS UNS ZU DENKEN GEBEN“



Die Gegner von TTIP laufen gegen das Handelsabkommen Sturm. Im Interview erklärt Freihandelsbefürworter **Jacob Schrot**, wieso vor allem der Mittelstand von dem Abkommen profitieren wird, wie die Desinformationskampagne der TTIP-Gegner funktioniert und warum Schiedsgerichte nicht per se des Teufels sind. // INTERVIEW // **DAVID HARNASCH**

Bevor wir uns den Fakten widmen: Haben Sie eine Idee, weshalb dieses wichtige, aber doch eher trockene Thema Tausende Menschen in größter Empörung auf die Straße treibt? Zuletzt hat der Nato-Doppelbeschluss ähnlich polarisiert.

Die politische Kultur unseres Landes neigt derzeit dazu, den Status quo konservieren zu wollen und jede Veränderung als Bedrohung wahrzunehmen. Auf Veranstaltungen höre ich oft: Warum sollen wir uns eine Debatte über hochkomplexe internationale Handelspolitik antun, wenn es uns doch gut geht? Deutschland hat die geringste Jugendarbeitslosenquote in der EU. Unser Bundeshaushalt ist im dritten Jahr in Folge ausgeglichen. Die Arbeitslosenquote ist auf dem niedrigsten Stand seit der Wiedervereinigung. Wir sind satt und zufrieden. Es herrscht das Gefühl: Ganz gleich, wie der Vertrag am Ende der Verhandlungen gestaltet ist – wir können nur verlieren.

Freihandelsabkommen sind keine neue Erfindung. Deutschland hat einige davon vereinbart. Gibt es einen Präzedenzfall, bei dem ein solches Abkommen einem der beiden Partner langfristig Schaden zugefügt hat?

Um mit David Ricardo zu antworten: Der komparative Kostenvorteil bringt in der Summe Vorteile für alle Vertragsparteien, denn Freihandel fördert arbeitsteilige Spezialisierung und damit den relativen Wohlstandsgewinn. Gelegentlich wird Freihandel mit Regellosigkeit verwechselt – das Gegenteil ist der Fall. Die Verhandlungen zu TTIP drehen sich um die Gestaltung eines soliden rechtlichen Rahmenwerks für die produktivste und größte Handels- und Investitionspartnerschaft der Weltwirtschaft. Deshalb sollten neben Anhängern der sozialen Marktwirtschaft auch Anhänger globalisie-

rungskritischer Organisationen die Verhandlungen als Chance begreifen, eine offene Diskussion um die Neujustierung und Regulierung des euro-atlantischen Handels zu führen. Bedauerlicherweise haben sich die Kollegen des Bündnisses „Stop TTIP“ schon vor der ersten Verhandlungsrunde in eine konsequente Verweigerungshaltung manövriert. Beide Seiten des Atlantiks profitieren herausragend von offenen internationalen Märkten. Allein in der Bundesrepublik hängt jeder vierte Arbeitsplatz von der Exportwirtschaft und damit auch vom Freihandel ab. Die deutsch-amerikanische Ökonomie ist für 600.000 Arbeitsplätze in unserem Land verantwortlich. Der jetzige Zustand benachteiligt jedoch mittelständische Unternehmen durch die Last redundanter Zulassungs- und Zertifizierungsverfahren.

Die Diskussion über TTIP wird von den Gegnern des Abkommens nicht immer sachlich geführt. Aber anders als die irrationale Angst vor den Chlorthühnchen scheint jene vor den Schiedsgerichten immerhin eine argumentativ kongruente Basis zu haben ...

Sie sprechen die zentrale Frage für den erfolgreichen Abschluss einer euro-atlantischen Freihandelszone an: die Einrichtung eines fairen und demokratischen Streit-schlichtungsmechanismus. Wir brauchen die transparente Veröffentlichung aller Klage- und Urteilsschriften, öffentliche Anhörungen, ständige Richter – berufen durch die Vertragsparteien – und ein Finanzierungsmodell, das auch mittelständischen Unternehmen ermöglicht, vor willkürlicher Enteignung geschützt zu werden. So wichtig diese Debatte auch ist, fehlt es ihr an Proportionalität. Die Bundesrepublik hat als Erfinderin dieses Mechanismus seit dem Jahr 1958 mit 129 Staaten Investitionsschutzver-

ZUR PERSON

JACOB SCHROT (25) ist Gründer und Ehrenvorsitzender der Initiative junger Transatlantiker/Young Transatlantic Initiative. Die ehrenamtliche Organisation wirbt für stärkere europäisch-amerikanische Beziehungen besonders der jungen Generationen auf beiden Seiten des Atlantiks. Seit Mai 2014 ist Schrot Präsident des Verbandes der Deutsch-Amerikanischen Clubs. Während eines einjährigen Forschungsaufenthalts an der American University in Washington, D. C. arbeitete er für den German Marshall Fund und den US-Kongress zu außenpolitischen Fragen. Er zählt zu den führenden Köpfen in der öffentlichen Diskussion um das transatlantische Freihandelsabkommen TTIP.

Foto: Michael Hubner/BILD.de

träge abgeschlossen. Die Anzahl der verlorenen Fälle vor Schiedsgerichten beläuft sich dabei auf exakt null. Die gleiche Bilanz gilt für Frankreich und Großbritannien als zweit- und drittgrößte europäische Volkswirtschaften. Größte Kläger vor Schiedsgerichten sind im Übrigen die Mitgliedsstaaten der EU, nicht die USA. Wenn Schiedsgerichte transparent und klug organisiert sind, dann tragen sie dazu bei, Artikel 17 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte zu stärken: Niemand darf willkürlich seines Eigentums beraubt werden.

Die Schiedsgerichte sind also eher von Vorteil für einen kleinen Mittelständler als für einen Großkonzern?

Aus Kostengründen wird derzeit nur eine Minderheit der Schiedsgerichtsverfahren von kleinen und mittleren Unternehmen initiiert. Mittelständler haben aber oftmals ebenso wenig finanzielle Kapazitäten, um sich durch einen ausländischen Rechtsrahmen vor ordentlichen Gerichten zu arbeiten. Versuchen Sie mal, einen Wirtschaftsprozess in Italien unter fünf Jahren Bearbeitungszeit zu führen. Ein Großkonzern kann sich das leisten. Ein Mittelständler nicht. Ein klar definierter Finanzrahmen für Klagen vor Schiedsgerichten würde gewährleisten, dass kleine Unternehmen gleichermaßen eine neutrale Plattform zur Lösung eines Rechtsstreits rund um Fragen einer etwaigen Enteignung oder Diskriminierung wählen können.

Also ein institutionalisierter Gerichtshof anstatt von beiden Parteien frei wählbaren Richtern? Das dürfte den chronisch staatsgläubigen Deutschen entgegenkommen. Dieser Vorschlag liegt nun auf dem Tisch. Wir werden sehen, wie sich die Verhandlungen zu diesem Kapitel entwickeln. In jedem Fall hat auch die amerikanische Verhandlungsseite signalisiert, dass sie das beste und transparenteste Schiedsgerichtsverfahren der Welt vereinbaren will.

Ein anderes Thema, das - vermutlich nicht ganz zu Recht - im Zuge dieser Debatte häufig diskutiert wird, ist die Rekommunali-

sierung. Viele Menschen haben Angst, dass ihr örtliches Wasserwerk demnächst von Nestlé gekauft wird.

Die Europäische Union garantiert in jedem Handels- und Investitionsvertrag die Definitivität der Mitgliedsstaaten, welche Aufgaben unter öffentlicher Daseinsvorsorge zu verstehen sind: das Recht der Mitgliedsstaaten, ein staatliches Monopol zu betreiben, ein privates Monopol zuzulassen oder privaten Anbietern den Marktzugang zu öffentlicher Daseinsvorsorge grundsätzlich

„Wir sollten nicht vergessen:
Eine überragende Mehrheit
von **88 Prozent** der
deutschen Bevölkerung meint,
dass **Freihandel eine gute
Sache** ist.“

zu verwehren respektive es nach etwaiger Privatisierung wieder in die Hände des Staates zurückzuführen. Seit der Unterzeichnung des Allgemeinen Abkommens über den Handel mit Dienstleistungen (GATS) im Jahr 1995 haben die EU und ihre Mitgliedsstaaten mit einer Vielzahl an Ländern und Regionen Handels- und Investitionsverträge abgeschlossen. Keiner dieser Verträge hat den Schutz der öffentlichen Daseinsvorsorge eingeschränkt. Das Verhandlungsmandat für die Europäische Kommission schreibt in Artikel 19 fest, dass TTIP keine Ausnahme darstellen soll. Eine Änderung würde das transatlantische Freihandelsabkommen jedoch vollziehen: Falls eine Kommune sich aus freien Stücken dazu entscheiden sollte, eine Leistung zu privatisieren, muss die Vergabe diskriminierungsfrei erfolgen. Bei der Entscheidung darf es dann keine Rolle spielen, ob ein Anbieter aus Estland, Spanien oder Amerika stammt.

Warum verfangen die unsachlichen und in sich geschlossenen Theorien der TTIP-Gegner? Ein Großteil der Menschen in Deutschland arbeitet in Betrieben, die existenziell vom Export abhängen. Die sollten mobilisierbar sein ...

Die große Mehrheit kann zwischen Fakten und Kampagne unterscheiden. Nennen Sie es jugendlichen Idealismus und tradierte Werte europäischer Aufklärung - aber ich glaube daran, dass unsere Demokratie von der Kraft des besseren Arguments lebt. Nachdem sich über Jahrzehnte nur eine kleine Community mit Fragen internationaler Handelspolitik beschäftigte, trifft der Themenkomplex nun auf eine breite Öffentlichkeit. Dieser Trend war überfällig und ist uneingeschränkt zu begrüßen. Bei genauerer Betrachtung folgt die Kampagne gegen TTIP ironischerweise dem Muster US-amerikanischer Wahlkämpfe: *define your opponent before he can define himself*. Wenn Sie über einen längeren Zeitraum und mit umfangreichem Budget vor dem Beginn der offiziellen Verhandlungen in den sozialen Medien permanent behaupten, dass amerikanische Chlorhühnchen den europäischen Verbraucher gefährden, dann ist die Thematik kommunikativ besetzt und definiert. Aus dieser strategisch-kommunikativen Defensivposition ist eine ausgeglichene Debatte um Chancen und Risiken nur noch schwer möglich. Deshalb entwickelt sich TTIP, um auf den Anfang unseres Gesprächs zurückzukommen, angesichts des zunehmenden Misstrauens gegenüber unserem politischen System zunehmend zu einer Gretchenfrage. Das muss uns zu denken geben. Dennoch sollten wir nicht vergessen: Eine überragende Mehrheit von 88 Prozent der deutschen Bevölkerung meint, dass Freihandel eine gute Sache ist. Darauf können wir bauen.

Und gegen falsche Behauptungen hilft nur, unermüdlich auf die Fakten zu verweisen? Ich hoffe, wir haben hier einen kleinen Beitrag dazu geleistet.

Wir werden jedenfalls nicht müde, denn fairer und freier Handel ist auch in diesem Jahrhundert ein wesentlicher Stützpfeiler der transatlantischen Partnerschaft. ●

Der Weg zum Freihandel muss weiter beschritten werden

TTIP ist eine historische Chance. Wir dürfen sie nicht verpassen.

// TEXT // KARL-HEINZ PAQUÉ

Genug an Freihandel, genug an Integration, genug an Globalisierung! Das war die Botschaft der meisten Demonstranten, die sich am 10. Oktober 2015 in Berlin zu einer Großkundgebung gegen TTIP zusammenfanden.

Diese Botschaft ist nicht gut, wie ein Blick in die Geschichte zeigt: Zeiten der Fortschritte in Richtung mehr Freihandel waren stets auch Zeiten des Friedens, der Kooperation und der Prosperität. Es begann im Zuge der Industrialisierung: 1846 ging Großbritannien zum Freihandel über, und innerhalb der nächsten Jahre schlossen die meisten anderen Nationen des heutigen Westens bilaterale Handelsverträge. Es folgten Jahrzehnte der erfolgreichen Wirtschaftsentwicklung Europas und Nordamerikas. Fast genau ein Jahrhundert später wurde nach dem Zweiten Weltkrieg das heutige multilaterale Handelssystem begründet – durch Abschluss des Allgemeinen Handelsabkommens (GATT), damals zunächst von 23 Ländern unter Führung der USA. Es folgten wieder Jahrzehnte des wirtschaftlichen Wachstums und der Integration, mit acht erfolgreichen Verhandlungsrunden zur Zollsenkung, bis schließlich 160 Länder der Welthandelsorganisation (WTO) angehörten, die 1995 auf den Prinzipien des GATT begründet wurde. Ein gigantischer Erfolg, nachdem in der Zwischenkriegszeit der Rückfall in den Protektionismus Verheerendes angerichtet hatte.

Dieser damalige Rückfall ist eine historische Lehre ersten Ranges. Er war alles andere als ein Zufall. Er folgte einer schleichend zunehmenden Skepsis gegenüber dem Freihandel, die schon Jahrzehnte zuvor in vielen Ländern Spuren hinterlassen hatte – allen voran in Deutschland, wo der konservative Reichskanzler Bismarck sich 1878 von den Liberalen abwendete und wegen der zunehmenden Konkurrenz aus Übersee Agrarzölle durchsetzte, die dann später unter Reichskanzler von Bülow

1902 weiter erhöht wurden. Diese Schutzzollpolitik war eines der destruktiven Elemente einer generellen Verschlechterung der internationalen Beziehungen, die schließlich in die Katastrophe des Ersten Weltkriegs führte. Klar ist, dass sich die Geschichte nicht wiederholt. Aber klar ist auch, dass ein protektionistischer Klimawandel – einmal in Gang gesetzt – sehr schwer rückgängig zu machen ist. Dies gilt auch für die aktuelle Lage: Seit 2001 läuft die sogenannte Doha-Runde der WTO, und sie kommt nicht wirklich voran – zu unterschiedlich sind die Interessen vor allem der Industrieländer auf der einen und der großen Schwellen- und Entwicklungsländer auf der anderen Seite. Deshalb hat es eine Reihe von Anläufen zu regionalen Handelsabkommen gegeben, zuletzt mit erfolgreichem Abschluss die Trans-Pacific Partnership (TPP) der USA mit den asiatischen und lateinamerikanischen Pazifikanrainern.

TTIP ist global mit Abstand der wichtigste dieser Anläufe. Quantitativ betrifft TTIP fast die Hälfte der globalen Wertschöpfung und mehr als ein Drittel des globalen Handels. Wichtiger noch ist die qualitative Bedeutung: Zwei riesige hoch entwickelte Wirtschaftsregionen, die wichtigsten der Welt, räumen all jene verdeckten Handelshemmnisse aus dem Wege, die in einer modernen, hochtechnologischen Wirtschaft mit zunehmend komplexeren Gütern und Dienstleistungen immer mehr an Bedeutung gewinnen – durch gegenseitige Anerkennung von Standards sowie Genehmigungs- und Prüfungs-

verfahren, durch offene Ausschreibungen des Staates, durch eine gemeinsame gerichtliche Praxis des Investitionsschutzes. Genau so – und letztlich nur so – ist ein fairer Wettbewerb zu erreichen.

Kommt TTIP zustande, ist dieser faire Wettbewerb zunächst transatlantisch. Aber vieles spricht dafür, dass TTIP – einmal etabliert – als eine Art offener Club weitere Länder dazu veranlasst, sich anzuschließen. Es dürfte nicht allzu lange dauern, bis TTIP und TPP sich zusammenschließen. So könnte Schritt für Schritt schließlich doch ein annähernd weltweites Handelsabkommen entstehen – über den Umweg zunächst regionaler Abschlüsse, die heutzutage einfacher zu erreichen sind als multilaterale Einigungen in der WTO. Die Dynamik des Weges zum globalen Freihandel bliebe erhalten und der Weg zur Prosperität durch Integration auch im 21. Jahrhundert offen.



Die Gegner machen mobil: Mehr als 150.000 Teilnehmer demonstrierten im Oktober vergangenen Jahres in Berlin gegen das Freihandelsabkommen.

Zugegeben, das sind große liberale Ziele. Aber sie sind wichtig. Sie sollten nicht kleinlichen Bedenken zum Opfer fallen, denen in sorgfältigen Verhandlungen Rechnung getragen werden kann. Präsident Obama und Kanzlerin Merkel haben in Kürze Gelegenheit, dies öffentlich deutlich zu machen: bei ihrer gemeinsamen Eröffnung der Hannover Messe. Sie sollten es mit dem nötigen politischen Nachdruck tun. ●



Der Journalist als Erzieher

// TEXT // **MICHAEL MIERSCH** // ILLUSTRATIONEN // **BERND ZELLER**

Mit Kampfbegriffen wie „Lügenpresse“ oder inzwischen auch „Pinocchio-Presse“ inszenieren sich die AfD und ihre außerparlamentarischen Vorfeld-Organisationen als volksnahe Verkünder von „unterdrückten Wahrheiten“. Ob die Nähe zur Nazi-Vokabel „Judenpresse“ aus historischer Unkenntnis rührt oder vielleicht sogar gewollt ist, bleibt im Vagen, wie so vieles bei diesen Bewegungen. Statt in der Lügenpresse informieren sich die Anhänger lieber beim bräunlich esoterischen Kopp Verlag oder bei *Russia Today*. Dort wird „enthüllt“, dass finstere Mächte die Medien steuern, vornehmlich das „Finanzkapital“, amerikanische Geheimdienste und die Rothschilds.

Die Darstellung der Medien als große Verschwörung mächtiger Marionettenspieler macht es den Angegriffenen leicht, die Vorwürfe als extremistischen Blödsinn abzutun, und nicht darüber nachzudenken, ob sie einen wahren Kern enthalten könnten. Über die Hälfte der Deutschen ist laut einer aktuellen Umfrage der Meinung, die Medien würden nicht ausgewogen informieren. Liegt das allein an den Hetzreden von AfD-Funktionären und Pegida-Sprechern?

Es bisschen mehr Selbstreflexion würde der Publizistikbranche guttun. Denn auch ganz vernünftigen und unaufgeregten Mediennutzern kommt insbesondere die Fernsehberichterstattung zu manchen Themen erschütternd einformig vor.

Es mag ja früher nicht anders gewesen sein, doch da fiel es weniger auf. Heute sind ausländische Zeitungen und Internetpublizisten mit abweichenden Sichtweisen nur einen Klick weit entfernt. Die Erkenntnis, dass man Dinge auch anders betrachten kann, war noch nie so leicht zu haben.

In Zeiten medialer Aufgeregtheit werden komplexe Themen auf einfache Botschaften reduziert, Unstimmigkeiten, Zweifel und Widersprüche beiseitegeschoben. Journalisten üben sich als Volkspädagogen. Solche Wellen entstehen zumeist, wenn das Thema moralisch

aufgeladen ist. Wenn Journalisten fürchten, eine allzu differenzierte Berichterstattung könnte die Zuschauer auf falsche Gedanken bringen oder den falschen politischen Kräften nützen. Doch das Publikum bemerkt die Absicht. Der Drang, gute Gesinnung zu verbreiten und sich selbst bei den Guten einzureihen, ist allzu offensichtlich.

Beispiele solcher Wellen gibt es zuhauf und nicht erst seit der Kölner Silvesternacht. Etwa nach dem Atomunfall in Fukushima. Über Wochen wurde er als apokalyptisches Ereignis dargestellt, hinter dem sogar das Erdbeben und der Tsunami verblassten, die über 18.000 Japaner das Leben gekostet hatten. Als Experten wurden fast ausschließlich Anti-Atomkraft-Aktivisten befragt. Als die Weltgesundheitsorganisation später die Folgen des Desasters untersuchte, kam heraus, dass durch die erhöhte Strahlung kein Mensch zu Tode gekommen war und geringe gesundheitliche Folgen zu erwarten sind. Doch auch schon in den Tagen nach dem Unfall, während in Deutschland auf allen Kanälen Hysterie grassierte, konnte man in ausländischen Medien weitaus sachlichere Berichte lesen. Der Verdacht liegt nahe, dass es vielen TV-Redaktionen mehr um die Verbreitung einer politischen Anti-Atomkraft-Agenda ging als um Aufklärung über das Unglück in Japan.

Ebenfalls im Jahr 2011 folgte angesichts der schlimmsten Lebensmittelkatastrophe in der Geschichte der Bundesrepublik die nächste volkspädagogische Welle: 4.000 Erkrankte, 855 schwer Geschädigte, 53 Tote. Dabei wurde so gut wie nie thematisiert, dass es sich bei den mit Ehec-Bakterien verseuchten Salatsprossen um Bioware gehandelt hatte. Der Wunsch vieler Redaktionen, den guten Ruf des Biogemüses zu retten, war deutlich spürbar.

Oder ein ganz ähnlicher Fall aus dem Jahr 2015. Es wurde zum Skandal, dass ein Pegida-Demonstrant das Modell eines Galgens mit sich trug sowie ein Schild, das zur Hinrichtung von Sigmar Gabriel aufrief. Einige Tage zuvor hatten Anti-TTIP-Demonstranten eine



Guillotine mitgeführt und Gabriel ebenfalls den Tod gewünscht. Doch die Berichterstattung über diese Veranstaltung war freundlich und verständnisvoll, das geschmacklose Demo-Utensil wurde nicht erwähnt.

Oder vor wenigen Wochen, als es um die Pariser Klimaverhandlungen ging: Unentwegt wiederholten Reporter vor Ort und Redakteure im Studio, dass je nach Ausgang der Verhandlungen die globale Temperatur um zwei Grad oder 1,5 Grad steigen würde. Als ob man ein komplexes System wie das Weltklima feinjustieren könnte wie einen Thermostat. Offenbar fiel niemandem auf, wie absurd das ist. Manche Sender steigerten den Unfug noch, indem sie die Luftverschmutzung in China mit der in Paris angestrebten Reduktion des Kohlendioxid-Ausstoßes durcheinandermixten.

Solcherlei gut gemeinte Volkserziehung kann natürlich nur schiefgehen, wenn die Zuschauer das Ereignis aus eigener Anschauung kennen. Wenn sie sehen, dass im Flüchtlingsheim in ihrer Nähe vornehmlich junge Männer ankommen, abends in den Nachrichtensendungen dann aber Kinder und Frauen zu sehen sind. Spätestens dann merkt jeder, hier wird nicht berichtet, hier soll um Anteilnahme für Flüchtlinge geworben werden. Ein sympathischer Impuls – aber kein redlicher Journalismus.

Stecken geheime Mächte hinter solchen Manipulationsversuchen, wie Anhänger von Pegida, AfD und Co. glauben? Meine Erfahrung als Redakteur und Autor verschiedenster Printmedien und TV-Sender ist eine andere. Ja, es gibt Beeinflussungs- und Zensurversuche von Interessengruppen, aber sie sind selten und zumeist

erfolglos. Das Problem des pädagogischen Journalismus erklärt sich vielmehr aus dem menschlichen Bedürfnis, im eigenen sozialen Milieu Anerkennung und Bestätigung zu finden. Zur Geisteshaltung des Medienmilieus gehört es nun einmal, Atomkraftgegner zu sein, Bioessen gut zu finden, Zweifel an katastrophischen Klimaprognosen für unverantwortlich zu halten und sich niemals dem Verdacht auszusetzen, fremdenfeindlich zu sein. Wer diesen Konsens nicht teilt, muss es aushalten können, im Kollegenkreis zum Außenseiter zu werden.

Es gibt ein einfaches Mittel dagegen. Nicht die „Lügenpresse“ anklagen, sondern sich selbst umfassender informieren. Man muss dafür kein medienwissenschaftliches Studium absolviert haben. Oft genügt schon ein einfacher Check auf Plausibilität, ein Blick in ausländische Zeitungen oder die Frage nach der Quelle der Information. So würden auch die Lügenpresse-Rufer bald feststellen, dass ihre „Alternativen“ bei Weitem schlechter sind als die viel gescholtenen Mainstreammedien. ●

MICHAEL MIERSCH ist Geschäftsführer Naturbildung bei der Deutschen Wildtier Stiftung. Davor arbeitete er als Journalist für große deutsche Zeitschriften, zuletzt als Ressortleiter beim Focus. Seine Bücher und Dokumentarfilme erhielten zahlreiche Preise. Neuestes Buch: „Alles grün und gut? Eine Bilanz des ökologischen Denkens“. Website: www.miersch.media miersch@libmag.de

BERND ZELLER arbeitet als Cartoonist, Autor, Satiriker und Maler vorzugsweise in Jena. Während des Jura-Studiums hat er sich mit der rechtsstaatlichen Verfassung und der Aufklärung angefreundet. zeller@libmag.de



GOODBYE! DEUTSCHLAND

Die guten Konjunkturzahlen können eine bedenkliche Entwicklung nicht kaschieren: Eine steigende Zahl deutscher Unternehmen zieht es dauerhaft ins Ausland. Gerade energieintensive Betriebe rechnen sich vor allem in den USA bessere Chancen aus als hierzulande.

// TEXT // **GIAN HESSAMI**

Mancher deutsche Vorstandschef wird dem Jahreswechsel mit Bangen entgegengoblickt haben: Nach einem Jahr kleiner Verschnaufpause klettert die einst von Rot-Grün ersonnene Ökostrom-Umlage 2016 auf ein neues Rekordniveau. Sie steigt auf 6,354 Cent pro Kilowattstunde. 2015 betrug die Umlage, die den Ausbau der erneuerbaren Energien finanzieren soll, aber laut aktueller Studie des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung e. V. auch eine der größten Umverteilungen von Arm zu Reich in der deutschen Geschichte darstellt, noch 6,17 Cent.

Explodierende Strompreise sind zum Beispiel für den Walzenhersteller Walzen Irle aus Netphen bei Siegen ein Grund dafür, Arbeitsplätze am Standort Nordrhein-Westfalen abzubauen und seine Produktionsstätten in Indien zu erweitern. Das mittelständische Unternehmen verweist darauf, dass die Renditen in der deutschen Gießereiindustrie mit drei Prozent vom Umsatz sowie schon mager seien - und durch die weiter kletternden Energiekosten noch geringer würden.

EEG-Umlage bleibt Hauptabgabebrocken

Steigende Strompreise bedrohen auch die Existenz von Firmen aus anderen Branchen, beispielsweise Aluminiumhütten und Papierfabriken. Einer Studie der IHK Arnsberg zufolge macht ein Cent EEG-Erhöhung bei einer energieintensiven Papierfabrik einen Mehraufwand von 300.000 Euro pro Jahr aus. Im Vergleich mit anderen europäischen Staaten liegt Deutschland bei den Energiekosten für die Industrie auf dem letzten Platz. Im globalen Vergleich fällt das Ergebnis mit dem fünftletzten Rang kaum erklecklicher aus. Hauptgrund für die Preisexplosion ist weniger der reine Strompreis -

es sind die staatlichen Abgaben, die hierzulande mindestens doppelt so hoch sind wie in den anderen EU-Ländern. Hauptbrocken ist und bleibt die EEG-Umlage für erneuerbare Energien. Und das beunruhigt nicht nur die Firmen und ihre Beschäftigten, sondern auch die übrigen Menschen aus den betroffenen Regionen. Laut der Studie „Standort Zukunft“ aus 2014, die der Energieversorger RWE beim Meinungsforschungsinstitut TNS Emnid in Auftrag gegeben hatte, befürchten junge Erwachsene zwischen 27 und 34 Jahren, dass Teile der deutschen Industrie aufgrund der steigenden Strompreise unwiederbringlich aus Deutschland abwandern und somit Arbeitsplätze wegfallen.

Rot-Grünes „Njet“ zum Fracking

So sind die im Vergleich zum EEG-geschädigten Standort D wesentlich günstigeren Energiekosten ein immer gewichtiger Grund für Konzerne und große Mittelständler, ihre Produktionsstätten in die USA zu verlegen. Anders als in Deutschland kompensieren die Amerikaner den sinkenden Anteil der Atom- und Kohlekraftwerke an der Stromproduktion nicht nur durch hoch subventionierte erneuerbare Energien, sondern auch durch steigende Erdgasförderung in Form des Fracking. Bei diesem Verfahren werden unter hohem Druck Wasser, Quarzsand und Chemikalien in tiefe Gesteinsschichten gepresst, damit sie aufreißen. Die Risse geben das kostbare Schiefergas frei, das in den USA zu einem regelrechten Boom und zu niedrigen Gaspreisen geführt hat. Nach Einschätzung des World Energy Council werden aufgrund der niedrigen Energiepreise in den kommenden zwei Jahrzehnten 50 Milliarden US-Dollar Kapital von Europa in die USA fließen. Dies entspreche zwei bis drei Millionen Arbeitsplätzen. In Deutschland dagegen ist die Fracking-Technologie aufgrund der möglichen Umweltrisiken faktisch vom Tisch. Die rot-grüne Landesregierung im für Fracking geologisch begünstigten Nordrhein-Westfalen verordnete 2011 ein offizielles Moratorium, also ein vorübergehendes Verbot von Fracking. Das gilt bis heute. »

Deutschland nutzt kein Fracking. Basta. Und selbst geredet wird über das Thema offenkundig nicht mehr öffentlich.

„Moratorium“ - in den Ohren von Topmanagern von Unternehmen vom Schlage Siemens muss das wie politischer Hohn klingen. Folgerichtig haben die Münchener das Hauptquartier ihres Öl- und Gasgeschäfts in die USA verlagert. Beim Fracking will der Konzern

**ALS PRODUKTIONSSTANDORT
GEWINNEN DIE USA NICHT NUR
FÜR DIE DICKSCHIFFE DER
INDUSTRIE AN BEDEUTUNG,
SONDERN AUCH FÜR DIE
DEUTSCHEN MITTELSTÄNDLER.**

nicht nur von wesentlich geringeren Energiekosten profitieren, sondern auch vom steigenden Absatz von Gasturbinen für neue US-Kraftwerke. Im Herbst 2014 gaben die Münchener bekannt, den US-amerikanischen Öl- und Gastechnik-Spezialisten Dresser-Rand für 7,6 Milliarden US-Dollar zu übernehmen. Siemens ist heute in den USA hinter General Electric (GE) die Nummer zwei im Turbinengeschäft. In Deutschland hingegen sinkt der Absatz der Turbinen. Denn hierzulande erzeugen Gaskraftwerke im Zuge der Energiewende immer weniger Strom. Die Folge: In Deutschland sollen bei Siemens künftig mehr als tausend Jobs in der Energiesparte wegfallen.

In den USA arbeiten heute bereits mehr als 70.000 der 350.000 Siemensianer, Tendenz steigend. „Die Entwicklung ist keine Einbahnstraße. So schafft Siemens auch in Deutschland neue Arbeitsplätze“, will Siemens-Sprecher Michael Friedrich Stabilität verkünden. Als Beispiel nennt er den geplanten Bau der Windkraftfabrik in Cuxhaven. Der Konzern investiert dort rund 200 Millionen Euro in seine erste Wind-Offshore-Produktionsstätte in Deutschland. Durch die neue Fabrik, die Mitte 2017 fertig sein soll, entstehen bis zu tausend neue Arbeitsplätze. „Die Entscheidung, eine neue Fertigung in Cuxhaven zu bauen, ist ein klares Bekenntnis zum Standort Deutschland“, betont Siemens-Chef Joe Kaeser.

Allein: Der Ausbau von Windkraftanlagen ist hierzulande im Zuge des Erneuerbare-Energien-Gesetzes subventioniert - die Kosten und damit auch die Folgekosten für die Förderung werden auf alle Strom-

verbraucher umgelegt. Die günstigeren Energiepreise in den USA sind hingegen marktbedingt.

Schleichende Produktionsverlagerung

Auch wenn Konzerne beteuern, daheim neue Arbeitsplätze zu schaffen - zumindest einen Teil der Industrie scheint es in die Ferne zu ziehen. Das gilt eben vor allem für energieintensive Unternehmen. Zu diesem Schluss kommt eine Studie des Handelsblatt Research Institute im Auftrag der Österreichischen Industrievereinigung und des österreichischen Stahlkonzerns Voestalpine vom Oktober 2015. Demnach investierten die Unternehmen in Deutschland weniger, als sie abschrieben - der Kapitalstock schrumpfte und damit auch die Voraussetzung für künftiges Wachstum.

So gingen hierzulande die Nettoinvestitionen von plus 232 Millionen Euro im Jahr 2000 auf minus 1,7 Milliarden Euro im Jahr 2013 zurück. Laut der Studie legt die Diskrepanz zwischen einem starken Rückgang des Nettoanlagevermögens und einer überwiegend ansteigenden Produktion die Vermutung nahe, dass der Standort Deutschland für energieintensive Industriebranchen an Bedeutung verliert. „Unternehmen aus energieintensiven Branchen verlagern ihre Produktion schleichend ins Ausland und höhlen damit den industriellen Kern des Landes aus“, sagt der Managing Director des Handelsblatt Research Institute Dirk Heilmann. Voestalpine-Chef und Weltstahlpräsident Wolfgang Eder warnt: „Die politischen Rahmenbedingungen in Europa, insbesondere in Deutschland und Österreich, haben sich in den letzten Jahren enorm eingetrübt.“ Wenn man hier nicht auf politischer Ebene gegensteuere, beschleunige sich die Deindustrialisierung in Europa noch weiter. „Mit allen negativen Folgen für die Arbeitsplätze und Wertschöpfungsketten“, so Eder.

Als Produktionsstandort gewinnen gerade die USA nicht nur für die Dickschiffe der Industrie an Bedeutung, sondern auch für die deutschen Mittelständler. Laut Institut für Mittelstandsforschung (IfM) Bonn stellen konjunkturelle Entwicklung, geringe Energiekosten, steigende Unternehmensgewinne und die Belebung des US-amerikanischen Arbeitsmarkts für die deutschen Familienunternehmen einen Anreiz für Investitionen dar. Dass immer mehr deutsche Industrieunternehmen künftig im Ausland investieren wollen,

Zusätzliche Kosten bei einer Strompreiserhöhung von 10 Prozent

Ausgewählte Branchen	Stromverbrauch* in Terajoule; 2013	Zusätzliche Kosten bei einem Strompreis- anstieg von 10 Prozent** (in Mio. Euro)
* einschließlich nichtenergetischem Verbrauch; ** für einen Strompreis von 10,63 Cent je kWh Quelle: Statistisches Bundesamt, DIW, HRI		
Herstellung von chemischen Erzeugnissen	178.858	528
Metallerzeugung und -bearbeitung	140.429	415
Herstellung von Papier, Pappe und Waren daraus	71.144	210
Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen	60.848	180
Herstellung von Nahrungs- und Futtermitteln	55.479	164
Herstellung von Metallerzeugnissen	54.668	161
Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren	4.9915	147
Herstellung von Glas, Glaswaren, Keramik etc.	4.4029	130

geht auch aus einer Umfrage des Deutschen Industrie- und Handelskammertages (DIHK) vom April 2015 hervor: „Die Verlagerung aus Kostengründen bedeutet Investitionsverzicht und zumindest mittelfristig weniger Beschäftigung an heimischen Standorten“, sagt DIHK-Außenwirtschaftschef Volker Treier. „Die Unternehmen selbst sichern sich damit ihre Handlungsfähigkeit, wenn Deutschlands Energiepreise, Arbeits- und Bürokratiekosten zu hoch sind oder weiter steigen.“

Trotz aller Unwägbarkeiten - noch genießt der Wirtschaftsstandort Deutschland einen guten Ruf. Die hiesige Industrie setzt zum großen Teil nach wie vor auf den Forschungsstandort Deutschland. Laut einer Studie des Fraunhofer-Instituts für System- und Innovationsforschung vom April 2015 haben deutsche Industriebetriebe in den vergangenen Jahren deutlich weniger Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten (FuE) ins Ausland verlegt als noch Mitte der 2000er-Jahre. Zugleich mahnt der Autor der Studie, Christoph Zanker: „Trotzdem sollten die Anstrengungen zur Weiterentwicklung des industriellen Forschungsstandorts Deutschland nicht zurückgefahren werden - im Gegenteil.“ Bereits heute sei der Engpass auf der Angebotsseite für qualifiziertes FuE-Personal deutlich zu spüren. In Zukunft könnte sich der Fachkräftemangel weiter verschärfen und die Unternehmen wieder stärker ins Ausland treiben.

Ruinierter Ruf der grünen Gentechnik

Die grüne Gentechnik kehrt Deutschland aus einem anderen Grund den Rücken: Ihr Ruf bei weiten Teilen der politischen Klasse, der Medien und damit auch der Bevölkerung ist nahezu ruiniert - obwohl es bis heute keinen Beweis dafür gibt, dass sie tatsächlich gefährlich ist. Bei dem umstrittenen Verfahren wird Erbgut in einen Pflanzenorganismus eingebracht und neu kombiniert. Dabei züchten Biochemiker Agrarpflanzen wie Mais und Reis, die resistent gegen Schädlinge oder Pestizide sind und Dürrekatastrophen überleben können.

Während Anhänger auf den nützlichen Fortschritt der Biotechnologie verweisen, warnen Kritiker und solche, die sich dafür halten, vor den ihrer Meinung nach unabsehbaren Folgen. Die anhaltende Skepsis in Europa veranlasste den Chemiekonzern BASF vor rund

vier Jahren, die Erforschung der grünen Gentechnik von Limburgerhof in Rheinland-Pfalz in den US-Bundesstaat North Carolina zu verlegen. In Limburgerhof sollten von den 157 nur elf Stellen erhalten bleiben, die sich etwa um Regulierungsfragen in Europa kümmern. „In weiten Teilen Europas fehlt immer noch die Akzeptanz bei der Mehrheit der Verbraucher, Landwirte und Politiker für die Pflanzenbiotechnologie“, äußerte sich damals enttäuscht BASF-Vorstand Stefan Marcinowski. In Europa sei der Einsatz von Genpflanzen wegen hoher rechtlicher Hürden kaum möglich. „BASF wird sich daher auf die attraktivsten Märkte in Nord- und Südamerika und die Wachstumsmärkte in Asien konzentrieren“, verkündete der DAX-Konzern.

Sachbeschädigung bleibt ohne Folgen

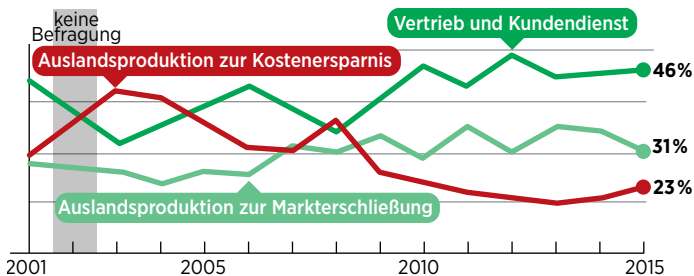
Auch wenn die Bundesregierung damals die Verlegung der Pflanzen-Gentechniksparte von BASF in die USA nicht kommentieren wollte: Manche Politiker kritisierten den Rückzug aus Deutschland. Sie sahen in der Entscheidung des Konzerns eine schlechte Nachricht für Europa. „Die europäische Angewohnheit, technologische Neuerungen nicht als Chance, sondern hauptsächlich als Bedrohung wahrzunehmen, rächt sich“, monierte die damalige FDP-Europaparlamentarierin Britta Reimers.

Wie aggressiv und zugleich skurril die Debatte um genetisch modifizierte Nahrungsmittel in Deutschland ist, verdeutlicht der Aspekt der „Feldbefreiung“. Dieser von Umweltaktivisten euphemistisch benutzte Begriff bedeutet nichts anderes als die Zerstörung der Genpflanzen, speziell auf Versuchsfeldern. Juristisch erfüllt die „Feldbefreiung“ den Straftatbestand der Sachbeschädigung sowie bei umzäunten Feldern des Hausfriedensbruchs. Dennoch schrecken Gentechnikgegner nicht davor zurück - nicht zuletzt wegen der absehbar geringen Geldbußen, die von der Justiz in der Vergangenheit ausgesprochen wurden. ●

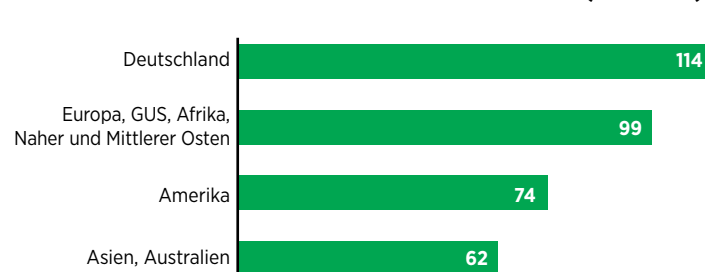


GIAN HESSAMI denkt bei BASF immer zuerst an Tonbandkassetten. Mit denen hat er als Kind in den 1970er- und 1980er-Jahren Musik aus dem Radio aufgenommen.
redaktion@libmag.de

Motive für Auslandsinvestitionen



Anzahl der Mitarbeiter der Siemens AG weltweit im Jahr 2015 (in Tausend)





Freie Bauern, freies Neuseeland

Eine Landwirtschaft ohne Subventionen ist nicht nur möglich, sondern auch erfolgreich. Das zeigt das Beispiel Neuseeland.

// TEXT // **OLIVER HARTWICH**

Zur Einleitung eine Anekdote: Kürzlich, bei einem Abendessen mit dem neuseeländischen Premierminister John Key, wandte sich der Botschafter eines Industrielandes hoffnungsfroh an den Regierungschef. Warum es denn immer noch kein Freihandelsabkommen zwischen den beiden Ländern gäbe, wollte er wissen. Es sollte doch wirklich eigentlich keine größeren Hindernisse für den freien Handel geben, meinte der Diplomat. „Natürlich gibt es die nicht“, erwiderte der Neuseeländer, „wenn ihr denn endlich auch eure Landwirtschaft liberalisiert - so wie wir.“

Unter den entwickelten Volkswirtschaften der Welt nimmt Neuseeland eine Sonderstellung ein. Es ist das einzige Land, in dem die Landwirtschaft vollständig ohne Subventionen, Exporthilfen oder Schutzzölle auskommt. Neuseelands Agrarwirtschaft funktioniert so, wie Adam Smith es sich gewünscht hätte: nach den Gesetzen von Angebot und Nachfrage.

Das war nicht immer so. Bis Anfang der 1980er-Jahre sah es in dem kleinen Pazifikstaat nicht anders aus als in Europa oder Amerika. Neuseeländische Bauern hingen am Tropf des Staates. Etwa 40 Prozent ihres

Einkommens erzielten sie nicht durch den Verkauf ihrer Erzeugnisse, sondern durch Subventionen.

Doch dann schlitterte Neuseeland in eine kombinierte Staats-, Wirtschafts- und Haushaltskrise. Die frisch gewählte Regierung der Labour-Partei hatte die Wahl. Sie konnte zusehen, wie ihr Land in den Staatsbankrott rutschte. Oder sie konnte Neuseeland radikal reformieren. Die führenden Politiker der damaligen Zeit um Premierminister David Lange und Finanzminister Roger Douglas entschieden sich für einen beispiellosen Reformkurs.

Als eine der ersten Maßnahmen ihrer Regierung strichen sie die Landwirtschaftssubventionen. Sie reduzierten sie nicht einfach. Nein, sie schafften sie komplett ab - über Nacht.

Nun mag bei der damaligen Entscheidung durchaus Parteikalkül Pate gestanden haben. Die Bauernschaft gehörte noch nie zu den Labour-Stammwählern. Insofern konnte man dort vergleichsweise gefahrlos Leistungen kürzen, denn viel zu verlieren gab es dort für die nominell „linke“ Regierung ohnehin nicht. Mutig war es dennoch, denn niemand wusste, wie die neuseeländische Landwirtschaft diese Schocktherapie überstehen würde.

Stärkere Orientierung an Nachfrage

Zur allgemeinen Verblüffung ging die Welt nicht unter, als die Subventionen gestrichen wurden. Gerade einmal ein Prozent der Agrarbetriebe verschwand vom Markt. Die übrigen 99 Prozent hingegen überlebten nicht einfach nur, sondern sie nahmen die Herausforderungen der Marktwirtschaft an. Heute gehört die neuseeländische Landwirtschaft zu den produktivsten der Welt.

An ein paar Kennzahlen kann man den Erfolg der Agrarliberalisierung am besten ablesen. Seit 1986 ist die Produktivität der neuseeländischen Landwirtschaft um durchschnittlich 5,9 Prozent gestiegen - pro Jahr. Stolz 73 Prozent der neuseeländischen Exporterlöse stammen aus dem Agrarsektor, was für ein hoch entwickeltes Industrieland ein ausgesprochen ungewöhnlicher Wert ist. Die Landwirtschaft trägt sechs Prozent zum Bruttoinlandsprodukt bei.

Das kleine Land mit seinen gerade einmal viereinhalb Millionen Einwohnern produziert heute genug Lebensmittel, um 24 Millionen Menschen zu ernähren. Dem entsprechend werden 95 Prozent aller landwirtschaftlichen Erzeugnisse exportiert, was Neuseeland unter anderem zum weltweit größten Exporteur von Milch und Lammfleisch gemacht hat. Ja, andere Länder mögen eine insgesamt größere Landwirtschaft haben, aber diese produzieren im Wesentlichen für den eigenen Bedarf. Neuseeland hingegen exportiert.

Was vielleicht noch erstaunlicher ist: Die Bauernschaft selbst hat die Liberalisierung



Neuseeland
produziert heute
genug Lebensmittel,
um 24 Millionen
Menschen
zu ernähren.

nicht etwa klagend über sich ergehen lassen, sondern ist heute ein aktiver Befürworter des marktliberalen Kurses.

Anders Crofoot, der Vizepräsident des neuseeländischen Bauernverbands Federated Farmers, drückte es wie folgt aus: „Die Abschaffung der Landwirtschaftssubventionen legte den Grundstein für eine lebendige, diversifizierte und wachsende ländliche Wirtschaft.“ Heute gehört Federated Farmers zu den aktivsten Befürwortern nicht nur des freien Marktes in der Landwirtschaft, sondern auch des internationalen Freihandels mit Agrarprodukten.

Neuseelands Bauern haben durch den Wegfall der Subventionen nicht nur gelernt, effizienter zu wirtschaften. Sie haben es auch verstanden, mehr auf ihre Kunden zu hören und sich bei ihren Produkten stärker nach der Nachfrage zu richten.

Neuseelands Politik wiederum bemüht sich seit den 1980er-Jahren um eine Liberalisierung des weltweiten Agrarhandels. Einen Meilenstein dabei stellt das kürzlich ausge-

handelte transpazifische Freihandelsabkommen TPP dar.

Für Handelsminister Tim Groser könnte TPP die Initialzündung für eine Liberalisierung des Handels mit landwirtschaftlichen Produkten sein: „Der Grund, warum die neuseeländische Landwirtschaft heute so stark ist, liegt darin, dass sie dem internationalen Wettbewerb ausgesetzt war.“ Der typische Protektionismus anderer Länder verwandelte die Landwirtschaft hingegen in eine Art Freilichtmuseum, so Groser.

Höhere Produktivität und Effizienz

Für europäische oder nordamerikanische Beobachter mag Neuseelands Landwirtschaftsliberalismus merkwürdig erscheinen. Auf der Nordhalbkugel scheint man Schwierigkeiten damit zu haben, sich überhaupt einen freien, subventionsunabhängigen Agrarsektor vorzustellen. Selbst geringfügige Leistungskürzungen für europäische Bauern führen gewöhnlich zu lautstarken Protesten, Traktorblockaden und politischem Druck auf Entscheidungsträger.

Dass es nicht so sein muss, das zeigt das Beispiel Neuseeland. In Neuseeland ist die Landwirtschaft ein Sektor der Volkswirtschaft wie jeder andere. Sie hat sich dem Wettbewerb zu stellen, auf Preissignale zu reagieren und die Qualitätsanforderungen der Konsumenten zu beachten. Dies alles funktioniert nicht nur vergleichsweise reibungslos, sondern hat den Sektor insgesamt zu höherer Produktivität und Effizienz geführt.

Welche Ironie, dass in Freihandelsverhandlungen mit anderen Industrieländern nun ausgerechnet die liberale neuseeländische Landwirtschaftspolitik ein Hindernis für eine größere Marktöffnung zu sein scheint. ●



DR. OLIVER HARTWICH ist geschäftsführender Direktor des Thinktanks „The New Zealand Initiative“ in Wellington (www.nzinitiative.org.nz).
redaktion@libmag.de

MUT WIRD BELOHNT!



Im Oktober 2015 versammelten sich in Berlin mehr als 150.000 Menschen zu einer Großdemonstration gegen das Freihandelsabkommen TTIP. Sich in einer solchen einheitlich gepolten Menschenmasse mit abweichender Meinung offen zu präsentieren, das erfordert Mut. Jeder, der das schon einmal getan hat, weiß, dass es Anfeindungen hagelt. Nicht anders erging es dem FDP-Mitglied Helmut Metzner, doch sein Mut wurde sogar belohnt. Der Rundfunk Berlin-Brandenburg kam offenbar auf der Suche nach einem inhaltlichen Kontrapunkt nicht an Metzner vorbei, der auf diese Weise Sendezeit in „Brandenburg aktuell“ für ein Pro-TTIP-Statement erhielt – etwas, das vielen prominenteren Befürwortern des Abkommens nicht so leicht gelingt.

WUTPROBE

Hallo Kevin! Hallo Chantal!

// TEXT // BORIS EICHLER

// ILLUSTRATION // ERNST MERHEIM

Wenn damit das Elternteil gewürdigt wird, dessen Nachnamen das Kind nicht trägt, ist „Bock“ als dritter Vorname erlaubt. Auch „Djehad“ geht in Deutschland durch, so das Berliner Kammergericht.

Das Recht, über einen Kindernamen zu entscheiden, gehört zu den elterlichen Privilegien. Es wird nicht selten dazu missbraucht, auch biografisch noch nackte Neugeborene durch die Namensgebung mit was auch immer aufzuladen: Familientradition, politischer oder religiöser Einstellung, der Liebe zum Fußballverein oder der Bewunderung für einen Schauspieler oder eine Filmfigur.

So wurde vor etwa 25 Jahren wie aus dem Nichts Kevin zum beliebtesten Vornamen für Jungen in Deutschland. Der Film „Kevin – Allein zu Haus“ und der Durchbruch Kevin Costners mit „Der mit dem Wolf tanzt“ sorgten für diese Inflation. Für die Eltern der Kevins war die Namensgebung ein schönes Stück Selbstverwirklichung – auszubaden

hatten es ihre Söhne als Opfer ungezählter Kevin-Witze, die fortan ein Unterschichtenstigma transportierten: „Guten Tag, Wir sammeln für das städtische Kinderheim.“ Mutter: „Kevin, kommst du mal eben?“ oder „Wie nennt man es, wenn sich ein Kevin fortbewegt? Dumm gelaufen!“ Ein trauriges Schicksal, dass die Kevins mit den Chantals der Republik teilen.

Vor ein paar Jahrhunderten wäre das kein größeres Problem gewesen – da gab es noch das, was man „allgemeine Namensfreiheit“ nannte. Die ermöglichte es jedermann, sich einen neuen Namen zuzulegen. Doch als die staatliche Verwaltungstätigkeit komplexer wurde, fand man, dass die eigenmächtige Änderung des Namens dem Ordnungsbedürfnis des Staates entgegensteht. Und so wurde die allgemeine Namensfreiheit abgeschafft – zunächst in Bayern (1677), zuletzt in Sachsen-Meiningen (1876).

Das heutige Namensrecht gesteht Straftätern die Änderung des Familiennamens zu – zur Erleichterung der Resozialisierung oder zum Schutz vor Belästigung. Wer sich jedoch



– ohne straffällig geworden zu sein – im Internet als junger Kerl dümmlich geäußert oder pikante Vorlieben offenbart hat, der muss sich Zeit seines Lebens damit konfrontieren lassen. Google vergisst nichts. Und moderne Personaler finden vor einem Bewerbungsgespräch alles. Unsere Namen sind im Netz fast so schwer zu entfernen wie Kevins Tätowierung. Das Internet verknüpft sie mit für uns unkontrollierbaren und unvollständigen Zufallsbiografien. Und das müssen wir ändern.

Heute hat der Staat andere Möglichkeiten, sein „Ordnungsbedürfnis“ zu befriedigen – mit einer schönen Identifikationsnummer, der Sozialversicherungs- oder Steuernummer zum Beispiel. Dazu gibt es Fingerabdrücke und eine DNA. Deshalb sollte der Staat seinen Landeskindern ein höchstpersönliches Recht zurückgeben – das Recht, über das Persönlichste selbst zu bestimmen, was sie haben: ihren Namen. ●

Wenn sich der Papst plötzlich in Karl Marx verwandelt!



ZUR PERSON

JACQUES SCHUSTER ist seit Mai 2014 Chefkomentator der *Welt*-Gruppe, der *Welt* gehört er seit 1998 an. Davor und währenddessen arbeitete Schuster als freier Journalist, unter anderem für die *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, *Süddeutsche Zeitung*, den *Tagesspiegel*, *Die Woche* sowie für das *Deutschlandradio*.

Stimmen auch Sie jeden Monat über die Autoren der Freiheit ab unter libmag.de

„Für Papst Franziskus ist die freie Marktwirtschaft Teufelszeug“, findet Jacques Schuster, der Chefkomentator der „Welt“. Dabei dürfe man vom Heiligen Vater die Fähigkeit zur Differenzierung erwarten. Mit seinem Beitrag „Wenn sich der Papst plötzlich in Karl Marx verwandelt“ gewann Schuster unsere Wahl zum „Autor der Freiheit“ im **Oktober** 2015.

Alle lieben Franziskus. Wurde der intellektuelle, doch spröde wirkende Papst Benedikt allenfalls verehrt, gehen selbst der nicht katholischen Welt die heitere Selbstsicherheit bei betonter Genügsamkeit und die wache Intelligenz des immer leicht spielerisch aufgelegten argentinischen Jesuiten ans Herz. Mithilfe weniger Worte gelingt es Papst Franziskus, liberaler zu wirken als sein Vorgänger.

Nur wenige Zeitgenossen erkennen, dass er in kirchlichen Dingen als Oberhaupt einer altehrwürdigen Institution konservativ sein muss, konservativ ist und sich darin kaum von Benedikt unterscheidet. Trotzdem wird Franziskus bewundert als Vorkämpfer in der Armee der Weltverbesserer, der den irdischen Größen die Leviten liest. Rundum, nahezu grenzenlos und - naiv!

Es ist haarsträubend, was der Heilige Vater über den Kapitalismus von sich gibt. Entartet sei die freie Marktwirtschaft, ein Teufelswerk der Ausbeutung, eine Quelle, die nichts als Armut hervorbringe. Dass seine Aussagen nicht zu belegen sind, stört ihn nicht. Geht es um die freie Marktwirtschaft, gehört der Nachfolger Petri plötzlich nicht mehr zu den Zarten, den Suchenden. Er weiß Bescheid, ein für allemal - so wie vor ihm nur Karl Marx.



Eines vergisst Franziskus in seinem Furor jesuiticus: Es hat in der Geschichte der Menschheit Demokratie niemals ohne den freien Markt gegeben. Demokratie und Markt gehören untrennbar zusammen.

Wer der Demokratie den freien Markt raubt, entzieht dem Menschen nicht nur das Recht auf freie Entfaltung und Eigeninitiative, er nimmt ihm auf lange Sicht auch die Freiheit selbst.

Ist der Papst sich dieser Tatsache bewusst? Er sollte es sein. Sonst kämen harte Geister womöglich auf die Idee, dass es für das Oberhaupt der katholischen Kirche wichtigere Dinge gibt als die Demokratie. Immerhin stünde Franziskus damit in guter katholischer Tradition.

Fast jeder Fortschritt im humanen Empfinden, nahezu jede Verbesserung der Strafgesetze, jeder Schritt zur besseren Behandlung der farbigen Rassen, zur Milderung der Sklaverei, ja sogar der Gleichberechtigung von Mann und Frau ist von der Kirche bekämpft worden. Vor diesem Hintergrund stünde Franziskus die Gabe zum Zwischenton gut an - auch wenn es im Westen gegenwärtig beliebt ist, den freien Markt als neoliberale Teufelszeug zu verdammen. ●

Wozu die Zwangsabgabe?

Schalten auch Sie die Kiste nur noch an, um abzuschalten? Gucken Sie noch, oder dösen Sie schon? Kein Zweifel: So, wie es ist, macht sich das real existierende öffentlich-rechtliche Fernsehen selbst überflüssig. So, wie es sein sollte, wäre es unverzichtbar – findet einer, der sich auskennt. // **TEXT** // **WOLFGANG HERLES**

Über der Debatte steht die Gebührenfrage. Wozu noch eine Zwangsabgabe? Weil es doch eine „Demokratie-Abgabe“ ist? Richtig. So sollte es sein. Nur, solange ARD und ZDF überwiegend der Zerstreuung und Betäubung der Zuschauer dienen, sollten sie besser von den Krankenkassen finanziert werden. Oder eben privatisiert.

Aber auch dort, wo das Programm politische Information und Bildung bietet und damit der Meinungsbildung dienlich sein sollte, wächst die Kritik. Es war ja soeben erst zu erleben. Geradezu genötigt werden musste das ZDF, endlich umfassend und schonungslos zu informieren über die Silvesternacht in Köln. Stattdessen Wegschauen, Verharmlosen, Ablenken, Bevormunden. Mit der hilflosen Online-Frage der „Nachrichtensendung“ *heute plus* machte sich der Sender zum Gespött: Liebe Zuschauer, wie hättet ihr es gern, wie sollen wir denn informieren? Ein journalistischer Offenbarungseid. Nicht Angela Merkel übte da Zensur, sondern der Teufel der Gefallsucht.

Berichtet und kommentiert wurde nicht, was Sache war, sondern was vermeintlich guttat. Und als gut gilt immer das, was einer vermeintlichen Mehrheit gefällt, was im konformistischen Mainstream der Großen Koalition nicht anecken kann. Statt beizeiten ein Einwanderungsgesetz zu diskutieren, einigten sich Politik und Medien der Einfachheit halber darauf, dass Pegida eine Schande für Deutschland sei. Manches wird noch immer tabuisiert, zum Beispiel der unübersehbare Zusammenhang zwischen Islam und Islamis-

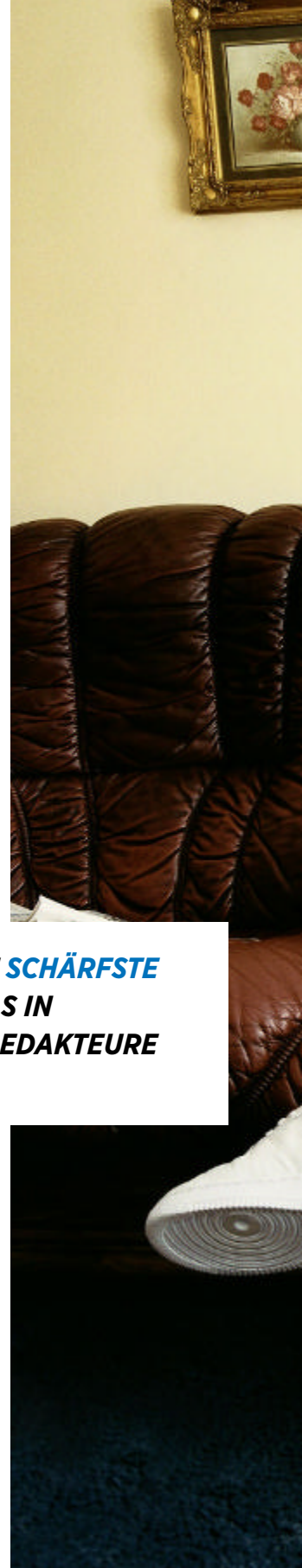
mus. Religion genießt in Deutschland überhaupt moralischen Kredit. Dass das Frauenbild im Islam die Ursache ist für kriminelles, frauenverachtendes Verhalten muslimischer Einwanderer – manche Kommentatoren und Politiker wollen es noch immer nicht wahrhaben. Über die grundsätzlich notwendige Trennung von Staat und Kirche wird in keiner Talkshow geredet.

Wozu also Gebühren? Es gibt eine einzige Begründung dafür. Die Gebühr soll das öffentlich-rechtliche Fernsehen von den Gesetzen des Marktes befreien. Trotzdem sind ARD und ZDF fast ausschließlich den Zahlen verfallen. Das Elend trägt einen Namen: Quote.

Ein Fernsehprogramm, das immer möglichst allen gefallen will und sich so verhält, als müsse es Marktführer sein, bleibt beliebig. Es biedert sich an, ist mutlos, vermeidet den genauen Blick auf die Welt, scheut Komplexität, kommt glatt und gefällig daher, erstarrt aus Angst vor Überforderung der Masse der Zuschauer. Und nur noch auf die Masse kommt es ihm an. Intendanten, die glauben, sie erfüllen den gesellschaftlichen Auftrag durch Massenkompatibilität in Geschmack und Inhalt, durch Marktführerschaft um fast jeden Preis, haben ihren Auftrag nicht verstanden. Sie verkaufen ihre Seele.

Nur noch selten erinnern sich die Anstalten an ihren gesellschaftlichen Auftrag, meist dann, wenn sie »

„DIE QUOTE IST DIE SCHÄRFSTE SCHERE, DIE JEMALS IN DEN KÖPFEN DER REDAKTEURE GEKLAPPERT HAT.“







„DER SUBSTANZVERLUST IST KEINESWEGS NUR IN UNTERHALTUNGSFORMATEN ZU BEOBACHTEN, SONDERN AUCH IM JOURNALISTISCHEN ANGEBOT.“

medienpolitische Forderungen erheben. Etwa einen neuen Jugendkanal. ARD-Vorsitzender Marmor und ZDF-Intendant Bellut tönnten gewaltig in ihrem Brief an die Vorsitzende der Rundfunkkommission der Länder, Malu Dreyer. Der neue Kanal „soll der Gesellschaft als demokratiestiftendes Leitmedium für die Altersgruppe zwischen 14 und 29 Jahren dienen und im öffentlich-rechtlichen Rundfunk Innovationsimpulse setzen.“ Hört sich großartig an. Die Anstaltsmuftis entdeckten ihre Existenzberechtigung. Hätten sie nicht längst mit ihren Hauptprogrammen „demokratiestiftendes Leitmedium“ sein müssen? Haben sie die unter Dreißigjährigen schon verloren gegeben? Gibt es keine Innovationsimpulse mehr in den etablierten Programmen?

Nicht politischer Druck ist heute die größte Gefahr für die Unabhängigkeit der öffentlich-rechtlichen Medien. Es ist der Druck der Quote. Die Quote ist die schärfste Schere, die jemals in den Köpfen der Redakteure geklappert hat. In den Redaktionskonferenzen werden Zahlen diskutiert statt Qualitäten. Das meistgebrauchte und missbrauchte Wort in den Anstalten lautet „funktionieren“. Eine Sendung funktioniert, wenn sie Quote macht. Weshalb, spielt keine Rolle. Was hängen bleibt beim Zuschauer, was ein Beitrag, eine Sendung bewirkt, ist irrelevant. Der Zuschauer, man weiß es, funktioniert als Gewohnheitstier. Er zappt weg, sobald etwas nicht dem Gewohnten entspricht. Deshalb zeigen die Sender fast ausschließlich das Gewohnte. Langfristig schlagen die Verblödungs-

strategien auf das intellektuelle Niveau und die Kreativität der Redaktionen durch. Der Couch-Potatoo hat längst seine festen Sitzecken in den Anstalten.

Der Substanzverlust ist keineswegs nur in Unterhaltungsformaten zu beobachten, sondern auch im journalistischen Angebot. Denn auch beim Informieren dreht sich alles um die Quote. *WISO* ist keine Wirtschaftssendung (eine solche gibt es im ZDF nicht), sondern ein Schnäppchenjägermagazin. In großen Dokus zeigt die ARD lieber den irrelevanten Wettkampf zwischen Aldi und Lidl zur Hauptsendezeit statt den weltbewegenden zwischen den USA und China im Pazifik. Wer gefallen will, sucht Themen, von denen er annimmt, dass sie das Publikum erreichen. Europa gehörte lange nicht dazu. So ist das verlorene Ansehen Europas auch eine Folge des verschlafenen Diskurses. Weil es leichter ist, das Publikum für das zu interessieren, was bereits Lärm produziert, verkommen die Programme zu Lautsprechern. Europa wurde erst mit der Eurokrise interessant. Sie ist längst nicht bereinigt, aber fast schon vergessen, weil nun die Flüchtlingsfrage alles andere verstellt.

Der Zusammenhang zwischen der Gefallsucht der Medien und der Gefallsucht der Politik ist unübersehbar und schlecht für die Demokratie. Für beide Sphären gilt: Verkäuflich ist, was so simpel ist, dass es jeder versteht. Gut verkäuflich, was bewegt, rührt, ängstigt. Emotionalisieren und Moralisieren sind die beliebtesten Methoden der Versimpelung. Deshalb zieht die konformistische Gesellschaft moralische Debatten

den politischen vor. Die Erregungsgesellschaft lebt von Alarmismus, Dramatisierung und Skandalisierung. Der Skandal ist eine Form der Volksbelustigung. Herr Blatter ist ein Entertainer, ob er will oder nicht. Der gesenkte oder gehobene Daumen ist eine Erfindung der römischen Arena, aber zugleich eben auch das Symbol der „sozialen Netze“.

Das ist der Grund, weshalb die Meinungsblasen der sozialen Netze die Qualitätsmedien zwar unter Druck, sie aber niemals ersetzen können. Das Netz hat Print und damit auch den Qualitätsjournalismus in die ökonomische Krise geführt. Auch geschrieben wird, was ankommt. Es ist nicht immer das, was wichtig wäre. Umso wichtiger wäre Fernsehen, das nicht nur frei ist von den Zwängen des Marktes, sondern diesen Vorteil auch publizistisch nutzt.

Seine Marktführerschaft verdankt das ZDF einzig und allein dem Übermaß an Fußball. Gebühren sind aber nicht dazu da, die Champions League und die Fußballindustrie zu finanzieren. Das könnten Privatsender genauso gut - plus Refinanzierung durch Werbung, die ARD und ZDF zur Hauptsendezeit so gut wie verwehrt bleiben muss. Darüber hinaus verkommen ARD und ZDF zu Krimi-Spartenkanälen.

Das Elend begann mit der privaten Konkurrenz. Ich zählte zu denen, die sie lebhaft begrüßten, die hofften, ARD und ZDF könnten an der Konkurrenz wachsen und reifen. In Gang kam stattdessen eine Seichtigkeitspirale. Konvergenz nach unten. Der wahre Tabubruch der Privaten bestand nicht in „Tutti Frutti“ oder „Dschungelcamp“, sondern in ihrer fast vollständigen Verabschiedung aus der gesellschaftlichen Verantwortung. Schön für ARD und ZDF. Ohne rot zu werden vor Scham, können sie auf ihr unbestreitbar höheres Niveau verweisen. Beide handeln jedoch nach der vermeintlich goldenen Regel, nach der die Zuschauer abzuholen seien. Abholen sollte bedeuten, den Abzuholenden an die Hand zu nehmen und dorthin zu führen, wo es Neues zu entdecken gibt. Das Fernsehen holt den Zuschauer nicht ab, sondern lässt sich zu ihm herab. Es hält die meisten Zuschauer für dümmer, als sie sind, und verfehlt sie deshalb.

Was muss geschehen? Reformen sind notwendig, um die Anstalten zwingen, sich auf ihre Aufgaben zu konzentrieren. Deshalb ist alles gut, was der Abhängigkeit von der Quote entgegensteuert. Das Potenzial von ARD und ZDF als Medien des demokratischen Diskurses und der Bildung muss wieder ausgeschöpft werden. Eine neue Unternehmenskultur ist ebenso notwendig wie ein anspruchsvolleres Programm. Mehr Meinungsvielfalt muss das Ziel sein. Die linearen

Programme verlieren an Bedeutung. Die wichtigsten Kanäle von ARD und ZDF sind bald ihre Mediatheken. Weniger Krimis, weniger Sport, weniger Talk, mehr Dokumentationen und Reportagen über die wirklich wichtigen Themen. Nicht die Agenda der Politik nachzuplappern: Dies wäre die entscheidende Unabhängigkeit von Politik. Das alles wird ohne institutionelle Reformen nicht gehen. Denn die bestehenden Aufsichtsgremien stellen sich dem herrschenden Quotenwahn nicht wirkungsvoll entgegen. Dabei



„ICH PLÄDIERE FÜR EINE REDUZIERUNG DER MEHR ALS 20 ÖFFENTLICH-RECHTLICHEN FERNSEH-PROGRAMME UND NAHEZU 70 RADIOKANÄLE.“

WOLFGANG HERLES

unterscheiden sich Berufspolitiker nicht von Interessenvertretern anderer Gruppen. Die Zahl der Berufspolitiker in den Gremien ist nicht entscheidend.

Ich plädiere für eine Reduzierung der mehr als 20 öffentlich-rechtlichen Fernseh- und nahezu 70 Radiokanäle zum stolzen Preis von 7,5 Milliarden Euro. Eine Halbierung der tatsächlichen Programmkosten wäre möglich. Ich fürchte, solange die Gebühr bleibt, werden die Anstalten immer mit der Quote argumentieren und behaupten, sie müssten ihren Kunden liefern. Deshalb wäre zu überlegen, ob nicht besser auf die Gebühr verzichtet und auf die Finanzierung aus Steuermitteln umgestellt werden könnte. ARD und ZDF gingen in diesem Fall in einer Stiftung auf. Das muss und darf nicht bedeuten, Staatssender aus ARD und ZDF zu machen. Sie sollten ausschließlich von Fachleuten, Wissenschaftlern, Journalisten, Kreativen kontrolliert werden. Staatsopern liefern ja auch kein „staatstragendes“ Programm. Und wie wir gerade gesehen haben, ist es mit der Staatsferne von ARD und ZDF im Quotenkonformismus ohnehin nicht weit her.

Alle Reformvorschläge, die darauf hinauslaufen, das Fernsehen weitgehend privaten Unternehmen zu überlassen, weil ja auch die Printpresse ausschließlich privatwirtschaftlich funktioniert, sind ordnungspolitisch motiviert. Doch es darf hier nicht allein um Ordnungspolitik gehen. ●

WOLFGANG HERLES, 65, leitete beim ZDF unter anderem das Bonner Studio und die Kulturredaktion *aspekte*. Er schrieb fünf Romane und ein Dutzend politischer Sachbücher. Aktuell: „Die Gefallsüchtigen. Gegen Konformismus in den Medien und Populismus in der Politik.“ (Knaus Verlag) redaktion@libmag.de



Quer- front / durch die Mitte

Ukraine-Krieg, IS-Terror, Flüchtlingskrise: An allem ist Amerika schuld, tönt es von rechts wie links. Die neue Querfront mag auf den ersten Blick überraschen. Tatsächlich boomen Ressentiments und Verschwörungstheorien in der ganzen Gesellschaft.

// TEXT // **TOBIAS JAECKER**

Die AfD ist im Aufwind. Die Stimmungsmache gegen Flüchtlinge beschert den Rechtspopulisten immer mehr Zuspruch. Die Kommentare der AfD-Sympathisanten auf der Facebook-Seite der Partei lassen tief blicken: Da wird etwa in Nazi-Manier von einem geheimen Plan einer „systematisch gelenkten Überfremdung und Umvolkung Deutschlands“ geraunt. Ein anderer schreibt: „In meinen Augen ist das eine Invasion, und zwar eine gezielte.“

Auch in der Szene der Verschwörungstheoretiker wird das Thema heiß diskutiert. Dort kursiert der Begriff der „Migrationswaffe“. Es sei „der genialste Krieg aller Zeiten“, schreibt Bestsellerautor Gerhard Wisniewski bei Kopp Online. Die Bilder von geflüchteten Frauen und Kindern sollten „uns moralisch wehrlos machen“. So könne die Terrorgruppe IS ihren Krieg klammheimlich auf Europa ausweiten - „wobei man IS bekanntlich immer mit CIA beziehungsweise USA übersetzen muss“. Der Publizist Ludwig Watzal, ein ehemaliger Mitarbeiter der Bundeszentrale für politi-

sche Bildung, berichtet in seinem Blog von angeblichen Meldungen, „nach denen die USA pro Flüchtling den internationalen Schleuserbanden Tausende von Euro zahlen, um Europa politisch zu destabilisieren, um es willfähriger für weitere US-Eroberungskriege, wie zum Beispiel in der Ukraine, zu machen“. Und der CDU-Politiker und Ex-Verteidigungs-Staatssekretär Willy Wimmer behauptet in einem Interview mit dem früheren Radiomoderator Ken Jebsen auf dessen Webportal KenFM, der Einsatz der „Migrationswaffe“ zeige, dass die Deutschen „nicht mehr Herr im eigenen Haus“ seien. Man müsse „davon ausgehen, dass die vollziehende Gewalt in unserem Land eigentlich durch den amerikanischen Präsidenten dargestellt wird“.

Antiamerikanische Verschwörungstheorien sind in Krisenzeiten der Renner - nicht nur am rechten Rand des politischen Spektrums. Als die US-Regierung Deutschland im Dezember 2015 zu mehr Unterstützung im Kampf gegen den IS aufforderte, schrieb Linken-Fraktionschefin Sahra Wagenknecht auf Face- »

book: „Das ist der Gipfel der Dreistigkeit!“ Die USA hätten Syrien „bewusst destabilisiert“ und den IS anfänglich unterstützt. „Ich hab' s wirklich satt, dass unsere Regierung sich zum Deppen der US-Oligarchen und ihrer Regierung in Washington macht.“ Das Ergebnis: rund 24.000 Likes und Hunderte Kommentare, in denen sich der Hass gegen Amerika Bahn bricht.

Wagenknecht agitiert geschickt - mit ihrer Anspielung auf die „US-Oligarchen“, die in Washington die Strippen zögen, bedient sie das verbreitete Ressentiment gegen die angeblich undemokratischen USA, die in Wahrheit von einer kleinen Gruppe von Personen beherrscht würden. Der Chefredakteur des rechten Magazins *Compact*, Jürgen Elsässer, wurde auf einer Demo der angeblich friedensbewegten „Montagsmahnwachen“-Bewegung im April 2014 deutlicher: „Wer gehört denn zu dieser Finanzoligarchie? Die Herren Rockefeller, Rothschild, Soros, Chodorkowski ...“ Elsässer führt mehrere jüdische Namen an, verweist im Folgenden aber nur indirekt darauf. „Warum soll es Antisemitismus sein, wenn man darüber spricht, wie diese winzig kleine Schicht von Geldaristokraten die Federal Reserve benutzen, um die ganze Welt ins Chaos zu stürzen!“ Ein altes Stereotyp: Juden dominieren das Finanzsystem und ziehen so weltweit die Strippen.

Elsässer war es auch, der bei Wagenknecht während der Griechenland-Krise im Sommer 2015 für ein Querfront-Bündnis zwischen Rechten und Linken warb: „Der neue Faschismus ist der totalitäre Globalismus, sein Transmitter ist das Eurosystem.“ Wer eine „nationale Lösung“ favorisiere, sei „der wahre Antifaschist und Vertreter der arbeitenden Klassen“. Wagen-

„Ich hab' s wirklich satt, dass unsere Regierung sich zum Deppen der US-Oligarchen und ihrer Regierung in Washington macht.“

Sahra Wagenknecht,
Die Linke



knecht wiederum plädierte in einem Interview dafür, mit Pegida zu reden. Viele Leute gingen dorthin, „weil sie die herrschende Politik ablehnen“ – jedoch werde der Protest „genau in die falsche Richtung“ gelenkt, nämlich gegen die Flüchtlinge, „statt die Schuldigen und die Profiteure zu nennen“.

Dass Wagenknecht und Elsässer in derart ähnlicher Weise populistisch im Trüben fischen, überrascht nur auf den ersten Blick. Denn obgleich sie sich in vielen politischen Fragen fernstehen, vertreten doch beide ein verschwörungstheoretisch grundiertes, völkisch-nationalistisches Weltbild: Das „Volk“ wird von den Mächtigen an der Spitze belogen und betrogen. Merkel und Co. sind dabei nur willfährige Marionetten, die wahren Drahtzieher sitzen in Washington. So verschwimmen die politischen Grenzen, wenn es gegen Amerika geht.

Im Netz sind solche ressentimentgeladenen Weltklärungen zuhauf zu finden. Dort haben sich zahlreiche populäre Blogs, Infoportale und Videokanäle etabliert, die vorgeben, eine „Gegenöffentlichkeit“ zu bilden. Der Publizist Wolfgang Storz hat in einer Studie für die Otto Brenner Stiftung der IG Metall gezeigt, wie stark vernetzt diese Querfront-Medien sind – vom rechts-esoterischen Kopp Verlag über *Compact* bis hin zu den linkspopulistischen „Nachdenkseiten“. Die Akteure verbinde eine „politisch-kulturelle Haltung, die einen möglichst homogenen Nationalstaat und tradierte Lebensweisen wertschätzt und demokratisch-liberale Gesellschaftsentwürfe ablehnt“. Seit spätestens zwei Jahren ist der Querfront-Populismus aus dem Internet ausgebrochen: erst mit den Montagsmahnwachen gegen den Krieg in der Ukraine, dann mit den Demos von Pegida und anderen „besorgten Bürgern“.

Auch wenn die Ressentiments gegen Flüchtlinge, „Lügenpresse“ und Amerika dort besonders lautstark geäußert werden, ist ein solches Denken nicht nur an den politischen Rändern verbreitet.

„Der neue Faschismus ist der totalitäre Globalismus, sein Transmitter ist das Eurosystem.“

Jürgen Elsässer, Chefredakteur
des Magazins „Compact“



Vielmehr gehören antiamerikanische Welterklärungen auch in der Mitte der Gesellschaft zum guten Ton – selbst unter Menschen, die sich als fortschrittlich und kritisch verstehen. Eine ganze Generation Jugendlicher ist bereits mit den einschlägigen Verschwörungstheorien zu den Terroranschlägen vom 11. September 2001 aufgewachsen, die im Internet, in Buch-Bestsellern und Popsongs à la Xavier Naidoo verbreitet werden: Die USA haben den Terror „selbst gemacht“, um neue Kriege zu legitimieren und die Weltherrschaft an sich zu reißen. In dieses Deutungsmuster werden alle negativen oder unerklärlichen Ereignisse eingepasst: Die angeblich von den USA gesteuerte Ukraine-Krise, die Terroranschläge in Paris und anderswo, die Kriege im Nahen und Mittleren Osten. Amerika als Projektionsfläche für die Übel der Welt.

Dabei kommen regelmäßig auch antisemitische Stereotype ins Spiel. In der WDR-Sendung „Mitternachtsspitzen“ ließ auch der Kabarettist Uwe Steimle seinen Ressentiments freien Lauf: „Wieso zetteln die Amerikaner und die Israelis die Kriege an und wir dürfen als Deutsche die Scheiße bezahlen?“ Tosender Applaus im Publikum.

Hier kommt ein Extremismus der gesellschaftlichen Mitte zum Vorschein, der auch durch die Einstellungsforschung belegt wird. Laut den „Mitte-Studien“ der Uni Leipzig stimmen 47,3 Prozent der Deutschen der Aussage zu: „Die US-Amerikaner sind daran schuld, dass wir so viele Weltkonflikte haben.“ 27,6 Prozent finden: „Juden haben zu viel Kontrolle und Einfluss an der Wall Street.“ Umfragen zu 9/11 zeigen, dass fast ein Viertel der Deutschen die USA verdächtigen, den Terror selbst verübt zu haben.

Wer die Schuld für den Boom der Ressentiments nur „dem Internet“ gibt, liegt falsch. Verschwörungstheorien waren bereits in früheren Krisenzeiten populär. Heute bilden die Terroranschläge vom 11. September und die folgenden Kriege, die Verwerfungen im Weltfinanzsystem und schließlich die Flüchtlingskrise den idealen Nährboden für verschwörungsideologisches Denken. Darin drückt sich der Wunsch aus, die undurchschaubaren politischen und wirtschaftlichen Ereignisse schlüssig zu erklären. Das Bild, dass hinter dem entfesselten Kapitalismus, der Auflösung gesellschaftlicher Strukturen und anderen ungeliebten Begleiterscheinungen der Moderne Amerika steckt und „wir“ in Deutschland nur die Opfer sind, erscheint vielen plausibel. Tatsächlich ist es ein ver-

kürztes, falsches Weltbild, das die eigentlichen Probleme nur noch mehr verdeckt.

Beispiel VW-Abgasskandal. Da fragt der bekannte Börsenmakler „Mr. Dax“ Dirk Müller auf n-tv, wem der Skandal wohl nütze, und führt aus: „Ist es nicht ein bemerkenswerter Zufall, dass dieses Thema just an jenem Tag in den USA hochkommt, an dem VW dort seinen lang erwarteten neuen Passat vorstellt?“ Und die ARD-Börsenexpertin Anja Kohl munkelt bei „Günther Jauch“, hinter dem Betrugsvorwurf gegen Volkswagen stehe wohl ein US-Angriff auf die deutsche Wirtschaft. Der Schuldige scheint gefunden, ein erleichterndes Gefühl. Die Verfehlungen bei VW werden so kleingeredet.



„Wieso zetteln die Amerikaner und die Israelis die Kriege an und wir dürfen als Deutsche die Scheiße bezahlen?“

Uwe Steimle,
Kabarettist

Wie gefährlich diese Art von Pseudokritik ist, zeigt der Streit um die Geheimdienstüberwachung. Nach den ersten Snowden-Enthüllungen war die Empörung über die NSA groß, sämtliche Vorurteile gegen die vermeintlich „totalitären“, nach „Weltherrschaft“ strebenden „Amis“ schienen bestätigt. Doch obwohl inzwischen bekannt ist, dass der BND ebenfalls massenhaft nach Daten fischt und diese mit der NSA austauscht, bleibt der gesellschaftliche Aufschrei aus. Das Handeln von Bundesregierung und deutschen Behörden wird ausgeblendet – der Datenaustausch läuft weiter. So gerät die berechtigte Kritik an der Überwachungs politik der USA zur konformistischen Rebellion ohne Folgen. Der Kampf für mehr Demokratie und einen besseren Schutz der Grund- und Freiheitsrechte scheint den Empörten zu mühsam. Lieber zeigen sie mit dem Finger auf andere und richten sich behaglich in ihrer ressentimentgeladenen Weltsicht ein. ●



DR. TOBIAS JAECKER ist Journalist in Berlin und erforscht die verschwörungstheoretischen Abgründe schon seit Jahren. Kürzlich erschien sein Buch „Hass, Neid, Wahn. Antiamerikanismus in den deutschen Medien“ bei Campus.
kontakt@jaecker.com



Es geht um unsere (Ver)Fassung

// TEXT // WOLFGANG GERHARDT

2015 sei doch eigentlich kein so schlechtes Jahr gewesen, schrieb neulich ein Scherzbold. Immerhin habe es einige Tage ohne Verhaftung von FIFA-Funktionären gegeben und im Flughafen Berlin sei es schließlich gelungen, zwei Lichterklemmen anzubringen. Scherz, Satire, Ironie und tiefere Bedeutung gehörten schon immer zusammen. Diese leichte Bemerkung über 2015 schwebte auch unausgesprochen über der Inkubationszeit einer Krise, die 2015 schon ab und zu Warnsignale ausstieß und die europäischen Gesellschaften und ihre politischen Repräsentanten auf eine harte Probe stellte. 2016 kann sich das alles zu einer gefährlichen Chemie entwickeln, die Zutaten sind jedenfalls erkennbar vorhanden.

Die Europäische Union kann schon seit geraumer Zeit praktisch nichts mehr so richtig zustande bringen. Jedenfalls nicht das, was wichtig ist. Die Bereitschaft ihrer eigenen Mitglieder, sich an Verträge zu halten, ging schon seit längerer Zeit gegen null. Dass die Nationalstaaten einen längeren Atem haben, als manche Gründungsväter Europas nach der großen Katastrophe dachten, ist offenkundig. Damit war immer zu rechnen. Neuerdings gibt es allerdings in unserer mittel- und osteuropäischen Nachbarschaft in Ländern, die aus der Vergletscherung des ehemaligen sowjetischen Imperiums wieder aufgetaucht sind und unter wirtschaftlichem und gedanklichem Flurschaden des Sozialismus noch leiden, ganz absonderliche Vorstellungen zu einer Art von nationalem Nachholbedarf. Von Gewaltenteilung, von rechtsstaatlichen Strukturen, ganz zu schweigen vom Vertrautsein über den Kerngedanken Europas, nämlich Souveränität teilweise zu poolen, um die Wiederholung von im 19. Jahrhundert erlebten Katastrophen zu vermeiden, davon hört man dort wenig. In Budapest und Warschau, so schrieb kürzlich Claus Leggewie, habe sich das kollektive Ressentiment an die Regierung geschafft. Das Volk sollte jetzt über dem Recht stehen. Ein solches

Verständnis von Demokratie lebt in Revanchevorstellungen bei Regierungswechseln und glaubt sich im Recht, wenn es unabhängige Medien ausschaltet und die Justiz und damit die Rechtsprechung unter seine Herrschaft bringen will. Ralf Dahrendorf schrieb, dass Europa Rechtsstaat und Demokratie verkörpern müsse, sonst sei es nicht der Mühe wert. Es muss sich zu den Werten bekennen, die es doch schließlich selbst mit hervorgebracht hat.

Manche Gesellschaften und politische Repräsentanten in den Mitgliedsstaaten der Europäischen Union scheinen es sehr schwer zu haben, sich selbst den Spiegel vorzuhalten. Sie mobilisieren auch in Finanz- und Wirtschaftspolitik gegen alles, was Einsicht verlangt. Es ist bemerkenswert, dass zwar alle ihre Unterschriften unter die entsprechenden Dokumente eines Stabilitätspaktes gesetzt haben, anscheinend aber im Ernstfall nur Deutschland bereit ist, auch die entsprechenden vereinbarten Regeln einzuhalten.

In diesen Mentalitätsfragen, in diesen Dissonanzen liegt ein großer Teil der Schwierigkeiten. Man büßt im Süden nicht für die Sünden anderer, sondern für die eigenen. Diese Erkenntnis wird auch noch das Jahr 2016 benötigen, um sich durchzuschlagen, wenn überhaupt. Liberalen kann es dennoch nicht um einen leichtsinnigen Verzicht auf Europa gehen, es muss ihnen um ein besseres Europa gehen. Wir dürfen es nicht noch einmal in die Hände von Schlafwandlern fallen lassen. Auch nicht in Deutschland.

Die Entscheidung der Bundeskanzlerin, aus humanitären Erwägungen die Grenze zu öffnen, um eine menschliche Katastrophe zu verhindern, kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass es danach ein gewaltiges exekutives Versagen gab und die unendlichen Schwierigkeiten in der Koalition geeignet waren, die Krisenbewältigung selbst zu einem erheblichen Beitrag für die Krise gemacht zu haben. Wenn es das unglaubliche Engagement von Menschen aus der Mitte unserer Gesellschaft nicht gegeben hätte, dann wäre eine humanitäre Katastrophe nicht vor der Grenze, sondern nach der Öffnung der

Grenze eingetreten. Die Bundesregierung war eher das schwächste Glied in den Anstrengungen so vieler. Das minutenlange Schurigeln der Bundeskanzlerin durch den bayerischen Ministerpräsidenten auf offener Bühne zeigte keineswegs Stärke und Entschlossenheit, sondern das eigentliche Desaster.

Wenn es so weitergeht, geht das Thema Sicherheit mit Sicherheit an die Falschen, die aus der Not keine Tugend, sondern ein Laster machen. Die Maßstäbe sind verloren gegangen. Es gilt deshalb nach Köln und anderswo, einiges klarzumachen.

Die Würde des Menschen gilt universal. Das ist kein westliches Vorurteil. Der Kritik an den Menschenrechten, vor allem der Gleichheit von Mann und Frau, kann in Europa und in Deutschland nicht mit einer Art von ignoranter Toleranz begegnet werden. Alles verstehen kann nicht bedeuten, alles zu entschuldigen. Nicht nur Sprache, Arbeit, Wohnen und Chancen für Menschen gehören zur Integration, auch Geschlechterbeziehungen, wie in Köln und anderswo überdeutlich geworden ist. Die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit arbeitet in rund 60 Ländern. Die rechtliche und tatsächliche Gleichstellung von Frauen ist ein Indikator für die Durchsetzung von Menschenrechten. Die erniedrigende Behandlung von Frauen lässt in den entsprechenden Ländern auch sonst auf konfrontative Politik und aggressive Muster des gesellschaftlichen Umgangs schließen. Sie sollte hierzulande nun wirklich nicht als kulturelle Eigenart Fuß fassen. Das Herumdrehen um diesen Sachverhalt muss aufhören, auch wenn einige Wirkköpfe mit atemberaubender Dürftigkeit die Vorgänge ein paar grabschenden Ausländern zuschreiben, andere meinen, dass man den Sexismus nicht outsourcen und zur Ausländerfrage erklären dürfe und den großen Bogen darüber schlagen, als ob es in Deutschland ohne Einwanderer keine Diebstähle geben würde, keine Vergewaltigung und keine Morde. Wer so schreibt, der denkt auch so und hätte seinen Frieden mit dem ersten Bericht des Kölner Polizeipräsidenten machen können, nach dem die Silvesternacht ja angeblich ruhig verlaufen wäre und es keine besonders erwähnenswerten Ereignisse gegeben hätte.

Das abenteuerliche Ignorieren des Offensichtlichen, das solche Stellungnahmen auszeichnet, geht Gott sei Dank seinem Ende zu. Die Polizei sei nun auf solche unerwarteten neuen Herausforderungen vorbereitet, ist zu hören. Die eigentliche Frage geht aber darüber hinaus. Wer vom Ressentiment lebt, dem ist nicht mit Gesetzesverschärfungen, Jagd auf Autodiebe, schärferer Überwachung an Bahnhöfen und anderswo beizukommen. Es darf auch bezweifelt werden, ob angesichts exekutiver Probleme die markigen Äußerungen zur Abschiebung so in den nächsten Wochen und Monaten Bestand haben werden. Es geht um mehr. Es geht insgesamt um die Verfasstheit einer Gesellschaft und einer Politik, die anscheinend immer erst reagiert, wenn alles bis zur Neige durchlebt worden ist, bevor Entscheidungen fallen. Nicht nur die Politik und polizeiliche Führungsstäbe müssen sich nach den Kölner Ereignissen fragen, wie es eigentlich in Zukunft weitergehen soll. Regelverletzungen und rechtsfreie Räume gehören mittlerweile schon länger zum festen Alltag. Es gibt ihn, den äußerst dezenten Umgang mit Stadtteilen, in

denen aggressives, kriminelles und pöbelndes Verhalten hingenommen wird, und Polizei, die gar nicht mehr hineingeht, sozusagen als friedensstiftende Maßnahme. Zivilcourage und polizeiliche Arbeit muss nicht in Todesmut übergehen, aber das Knie vor denen zu beugen, die aggressiv sind, das ist unwürdig. Das hilft im Übrigen auch denen nicht, die bei uns zu Recht Schutz suchen und die sich integrieren wollen. Ein Staat, der dem Recht nicht mehr überall Geltung verschaffen will oder kann, der verliert seine Bürger.

Unser Land muss sich klar werden über die Qualität von Politik und Gesellschaft. Wollen wir die Probleme meistern oder wollen wir sie ignorieren? Wollen wir sie benennen? Sind wir der Überzeugung, dass Alltagsvernunft und zivilisierter Umgang miteinander unser Leben bestimmen sollten? Sind wir mutig genug, denen Asyl und Schutz zu gewähren, die es dringend brauchen? Schaffen wir das alles

„Die Würde des Menschen gilt universal. Das ist kein westliches Vorurteil.“

in angemessener Zeit mit angemessenen Fristen, rechtsstaatlich klar, aber nicht mit unendlicher Bürokratie in den Behörden? Bewahren wir dabei unsere Verfassung und unsere Fassung? Oder beugen wir uns den Ewiggestrigen, ihrem Jargon, ihrer Dummheit, ihrer Kurzsichtigkeit und ihrem Ressentiment uns gegenüber wie den zu uns Kommenden? Oft sprechen wir nicht offen über eine äußerst problematische Mischung aus Religion und Kultur, um nicht wieder der Islamfeindlichkeit oder des Beleidigens bezichtigt zu werden. Es gibt sie aber. Und gegenwärtig besonders in einem Außer-Rand-und-Band-Islam und Männlichkeitsnormen, die manche aus ihm ableiten. Man kann derartigen öffentlichen ideologischen Plünderungen und Ausbeutungen des Islam nicht mehr nur mit dem Stehsatz „Das habe nichts mit dem Islam zu tun“ begegnen. Die in Bagdad lebende Schriftstellerin Joumana Haddad richtet einen bewegenden Aufruf an die Mütter: „Anstatt eine Tochter zu lehren, den Mund zu halten, versucht eurem Sohn beizubringen, zuzuhören. Anstatt eure Tochter zu verhüllen, erklärt eurem Sohn, dass eine Frau mehr ist als ihr Körper.“

Dies ist ein liberales Magazin. Seine Redaktion spricht Probleme an. Sie verdrängt und verleugnet sie nicht. Sie bewahrt sich die Sensibilität für andere Weltzugänge. Aber nicht auf Kosten der Freiheit. ●



DR. WOLFGANG GERHARDT
ist Vorsitzender des Vorstands
der Friedrich-Naumann-
Stiftung für die Freiheit und
Herausgeber von *liberal*.
redaktion@libmag.de



BELESEN

DIE LIBERAL-REDAKTION EMPFIEHLT

Wo Regeln des Zusammenlebens nicht in Gesetzen kodifiziert sind, wo keine Gewalt existiert, sie durchzusetzen, da drohen Konflikte im Chaos zu enden. Wir Deutschen haben das Glück, dass unser Rechtsstaat ganz ordentlich funktioniert. Und doch ist er den meisten Bürgern eher fremd. Statt selbstbestimmt das Recht für sich zu nutzen, ängstigt sie der Paragraphenschungel. Der Zivilrechtslehrer Hans-Peter Schwintowski will das mit seinem Buch ändern, indem er den Lesern unsere Rechtsordnung veranschaulicht, ihre Grundrechte vor Augen führt und klarstellt, dass allein der Staat für deren Durchsetzung da ist. Anhand von Beispielen werden wichtige Rechtsbegriffe einge-

führt, Gesetze erklärt und der Staatsaufbau erläutert. So können die Leser das Recht für sich entdecken und im Alltag nutzen. Gerade weil im Buch immer wieder begründete Zweifel an der Praktikabilität und Verhältnismäßigkeit des herrschenden Rechts anklingen, verwundert mitunter das Gottvertrauen des Autors in den gesetzgebenden Staat. Das Rüstzeug für eine gesunde Skepsis gegenüber der rechtsstaatlichen Praxis steckt in diesem Buch jedoch allemal.

Steffen Hentrich

HANS-PETER-SCHWINTOWSKI
Ohnmacht: Werte und Prinzipien einer (scheinbar) ohnmächtigen Generation
 Verlag Wissen Kompakt, Frankfurt am Main
 2015, 260 Seiten, 18,60 Euro



Das Buch „Zwischen zwei Leben“ von Guido Westerwelle beschreibt sowohl seine Lebensphase von der Diagnose der Leukämie im Juni 2014 bis zur erfolgreichen Knochenmarkstransplantation im September 2014 als auch sein vorheriges Leben als Spitzenpolitiker und Außenminister. Westerwelle ist ein erstaunliches Buch gelungen, das die Auswirkungen seiner Krankheit schonungslos beschreibt und gleichzeitig allen Mut macht, die von ähnlichen Schicksalen betroffen sind. Dem Autor gelingt eine schwierige Gratwanderung zwischen Einblicken in sein Gefühlsleben und seine politischen Ansichten. Das Buch liefert

auch angenehm verständliche Ausführungen zu den Arten von Leukämie und ihrer Behandlung. Westerwelle beschreibt zudem, wie sich einige seiner Ansichten durch Krankheit und Therapie geändert haben und wie er in der Krise seine wahren Freunde erkannt habe. Glück bedeutet für Westerwelle nun, auch Freude an den ganz einfachen Dingen des Lebens zu empfinden. Eine der herausragenden Neuerscheinungen 2015.

Peter Altmiks

GUIDO WESTERWELLE
Zwischen zwei Leben
 Hoffmann und Campe,
 Hamburg, 240 Seiten, 20 Euro





„LIBERAL IST
DAS MAGAZIN
FÜR SELBSTDENKER.
ES BEKENNT SICH ZU
FREIHEIT, FAIRNESS
UND FORTSCHRITT.“

WOLFGANG GERHARDT

Herausgeber liberal

liberal bittet Freigeister wie
Vince Ebert, Jan Fleisch-
hauer, Wladimir Kaminer,
Necla Kelek, Harald Marten-
stein, Terry Pratchett, Christian
Ulmen und Wolfram Weimer
in die Arena.

liberal ist laut Leserpost ein
„intelligentes und mit spitzer
Feder geschriebenes,
exquisites Magazin“.

liberal wird herausgegeben von
der Friedrich-Naumann-Stiftung
für die Freiheit.

liberal
DEBATTEN ZUR FREIHEIT

Kostenfrei abonnieren

BESTELLUNG AN: *liberal*-Aboservice
Dienstleistungen COMDOK GmbH
Eifelstraße 14 • 53757 Sankt Augustin
per Fax: +49 (0) 2241/34 91 11 | per E-Mail: abo@libmag.de

Online-Bestellung: www.libmag.de oder QR-Code scannen

☐ Ich hätte gerne ein **Gratis-Abo** (inkl. Porto und Versand)

Ich bin damit einverstanden, dass die Daten elektronisch gespeichert werden, um von der
Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit auf weitere Aktivitäten aufmerksam gemacht und
über ihre Arbeit informiert zu werden. Wenn diese Mitteilungen nicht mehr gewünscht sind,
wird die Stiftung dies nach entsprechender Mitteilung beachten (§28, Abs. 4 BDSG)

Vorname Name _____

Straße Nr. _____

PLZ Ort _____

Telefon _____

E-Mail _____

Erscheint 6x im Jahr | Auch als kostenfreie APP



2.2016
www.libmag.de
2,90 EURO

**Jetzt kostenfrei
abonnieren**
(siehe Seite 55)



Stell dir vor, Samstag ist Spieltag und keiner kennt die neuen Regeln.

Die Tabakindustrie steht vor einem ähnlichen Dilemma. So abwegig die Fußball-Analogie auch erscheinen mag, die unklare Lage bei der Umsetzung der neuen EU-Tabak-produktrichtlinie (TPD2) von 2014 in deutsches Recht beschert einer ganzen heimischen Branche große Unsicherheit. Niemand will sich neuen Regeln verweigern, nur müssen diese für Deutschland rechtzeitig definiert sein. Ansonsten drohen Chaos und Stillstand. Denn notwendige, gesetzeskonforme Umstellungen bei der Produktion und im Handel geschehen nicht von heute auf morgen. Oder haben wir uns vom Prinzip der Rechtssicherheit für die Wirtschaft verabschiedet? www.zigarettenverband.de


DZV
DEUTSCHER ZIGARETTENVERBAND